Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 170 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Donnerstag, den 22. Juli 1920 | Anzeigenpreis: Zm achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten über Spa.

Berlin, 21. Juli. (WTB.) Der Ausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten setzte heute nachmittag seine Verhandlungen fort.

Abg. Spahn (Zentrum) weist darauf hin, daß auch bei der Auslegung des Friedensvertrages die Machtfrage von Bedeutung ist. Hinsichtlich der Möglichkeit, das verlangte Kohlenquantum zu liefern, ist der Redner der Meinung, daß der Versuch zum Liefern auf jeden Fall gemacht werden muß und bei allseitigem guten Willen Erfolg haben kann. Die Haltung der Delegation billigt der Redner.

Abg. Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei) gibt zur Erwägung, in der Kommission von einer Beschlußfassung abzusehen und das Votum dem Plenum des Reichstags zu überlassen. Der Redner erörtert eingehend die Kohlenfrage. Nach sachkundigen Feststellungen würde eine Minderlieferung um 20 Proz. eintreten. Der zähe Widerstand der Unternehmer-Sachverständigen war kein Ausfluß kapitalistischer Anschauung, sondern entsprach auch der Auffassung der Arbeitersachverständigen und war lediglich wirtschaftlich fassiert. Die Zusagen wegen der oberschlesischen Kohle seien für die Durchführung des Abkommens von größter Wichtigkeit. Der Redner weist dann eingehend die gegen den Abg. Stinnes gerichtete Kritik zurück. Abgesehen von Einzelheiten sei zu betonen, daß durch das Auftreten der Herren Stinnes und Hué erst die Entente auf den Weg von Verhandlungen gebracht worden sei. Separatistische Bestrebungen werden von der Großindustrie abgelehnt, und es ist bedauerlich, daß Herrn Stinnes unterschoben worden sei, er würde aus privaten Interessen einen Einmarsch nicht mit scheelen Augen entgegengesehen haben. Unbeschadet der Stellung seiner Freunde zum Gesamtkomplex der Fragen stimmten sie der Würdigung der Leistung des Ministers des Auswärtigen zu.

Abg. Schiffer (Demokrat): Es sei unrichtig, irgendwie von einer Revision des Versailler Vertrages zu reden. Unser Rechtsstandpunkt müsse gegenüber den Einmarschdrohungen mit allem Nachdruck vertreten werden. Unklar sei die Frage, was unter Entwaffnung der Sicherheitspolizei zu verstehen sei. Anknüpfend an die Bemerkungen des Ministers Simons über die mögliche Beratung in der Frage der Sicherheitspolizei durch ausländische Fachmänner betont der Redner, daß viel wichtiger im Inland die Mitarbeit aller bei der Bevölkerung Ansehen genießenden Persönlichkeiten bei der Entwaffnungsaktion sei. Er wende sich dabei ebenso nach rechts wie nach links. Hinsichtlich der psychologischen Beurteilung des Abkommens weist der Redner auf die neueste Rede des französischen Ministerpräsidenten Millerand hin, in der gerade in Verbindung mit Spa die deutlichsten Einmischungsabsichten ausgesprochen seien. Das müsse mißtrauisch machen. Die Entsendung eines französischen Gesandten nach München liege in derselben Linie. Durch unsere gestern verkündigte Neutralitätserklärung ist die Streitfrage endgültig aus der Welt geschafft, ob wir mit Sowjet-Rußland im Frieden seien oder nicht. Nach seiner Meinung hätten wir uns auch vor der Neutralitätserklärung im Frieden mit Rußland befunden. Die Neutralitätserklärung habe jedoch Konsequenzen, die man sorgfältig ins Auge fassen müsse. Gewöhnlich werde der Fehler begangen, unsere Stellung im Verhältnis zu den andern als wichtiger anzusehen als sie von den andern eingeschätzt wird. Ueber die tatsächliche Rolle, die wir gegenwärtig spielen, müsse man sich klar sein, und es werde vielleicht Gelegenheit sein, das Abkommen von Spa auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentrum) schließt sich in mehreren Punkten den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.) vertritt gleichfalls den Standpunkt, daß in dem Ausschuß Beschlüsse nicht gefaßt werden sollten. Die Erfolge von Spa seien nicht beträchtlich. Enttäuscht aber kann nur sein, wer mit falschen Erwartungen nach Spa gegangen sei. Eine Revision des Friedensvertrages sei nur von dem Einfluß der arbeitenden Klassen zu erwarten. Daß in Spa nicht mehr erreicht sei, sei nicht allein Schuld der Entente. Die bisherigen Regierungen Deutschlands hätten es nicht verstanden, das gegen Deutschland bestehende Mißtrauen zu beseitigen. In der Kohlenfrage haben wir aber jetzt doch mit einer geringeren Summe zu rechnen, als bisher. Kann Frankreich auf die früheren Ziffern zurückgreifen, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, das verlangte Quantum in den nächsten drei Monaten zu leisten? Der Redner geht dann auf die Militärfrage ein. Gegenüber dem Abgeordneten Schiffer erklärt er die Auffassung, als ob sich die Waffen besonders in den Händen der Arbeiter befänden, für unrichtig (Abg. Schiffer: beide Seiten!) und verweist auf die Waffen, die in den Händen der Gutsbesitzer seien. Hinsichtlich unserer Neutralitätserklärung bezeichnet er es als das beste Mittel, um die Sorge vor Neutralitätsverletzungen zu beseitigen, mit der Sowjetregierung Beziehungen aufzunehmen. Der Redner vertritt gegen den Abgeordneten Stresemann die Meinung, daß das Auftreten des Abgeordneten Stinnes nicht günstig gewesen sei und verbreitet sich des näheren hierüber. Was soll geschehen, um die erforderliche Mehrförderung herbeizuführen? Der Redner warnt vor dem Gedanken einer Verlängerung der Arbeitszeit. Er wünsche nicht die Besetzung des Ruhrgebietes. Würde aber eine Verlängerung der Arbeitszeit kommen, so würde die Abneigung der Arbeiter gegen fremde Besetzung sehr nachlassen. Es wäre ihnen im Grunde gleichgültig, für welche Kapitalisten sie arbeiten.

Abg. Stampfer (Mehrheitssoz.) tritt dieser letzteren Aeußerung des Vorredners entgegen. Die Arbeiter ließen sich von derartigen materialistisch-egoistischen Beweggründen in der Einmarschfrage nicht leiten und sind unter allen Umständen gewillt, die Einheit der Nation zu erhalten. Der Redner wünschte ebenfalls scharfe Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes. Der Redner beleuchtet die Einmarschdrohung insbesondere in Verbindung mit der Frage der Neutralität. Er erörterte sodann die Forderung der Sozialisierung des Bergbaues, die er als einen großen Wurf bezeichnet. Ein sozialisiertes Ruhrgebiet würde für die internationale Arbeiterschaft geheiligtes Land sein.

Abg. Hötzsch (Deutschnat.): Seine Partei habe keine besonderen Erwartungen an die Konferenz von Spa geknüpft und sie deshalb nicht enttäuscht. Er begrüßt es mit Genugtuung, daß die Stellung des Ministers des Auswärtigen von Tag zu Tag gewachsen sei. Er habe sich anscheinend doch Vertrauen der anderen Seite erworben und das sei viel. Er befürchte aber, daß die Delegation nicht mit einem genügend klaren Programm nach Spa gegangen sei. Die Ausführungen des Ministers in der Entwaffnungsfrage hätten ihn nicht überzeugt. Es bleibe das Bedenken, daß die Stellung Deutschlands sich verschlechtert habe. Der Redner setzt sich sodann mit der Auffassung des Abg. Dr. Breitscheid über die Lage im Osten auseinander. Die Neutralitätserklärung habe er besonders begrüßt. Die Fragen des Ostens hätten schon in Spa zur Sprache gebracht werden müssen. Der Redner fragt weiter nach den Kompetenzen der Essener Kommission und nach denen der Oberschlesischen Kommission. Daß der Minister die Entente aufgefordert habe, auf die Abstimmung in Oberschlesien zu verzichten, hält er für bedenklich. Das, was unterschrieben ist, hielten seine Freunde nicht für erfüllbar. Das Schlußurteil über Spa kann erst gefällt werden, wenn die Besprechungen in Genf vorüber seien.

Reichskanzler Fehrenbach: Der Vorredner habe geglaubt, es sei ein Fehler gewesen, daß wir nicht versucht hätten, auf die Tagesordnung Einfluß zu nehmen. Das sei ein Irrtum. Wir hätten nicht annehmen können, daß die Militärfrage zur Sprache kommen würde, jedenfalls nicht sofort, und zwar auf Grund der vorangegangenen Kundgebungen der Alliierten, wonach die Frage für sie erledigt schien. Wir hätten geglaubt, daß sich vielleicht später eine Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage geben würde. Daher wurden militärische Sachverständige nicht mitgenommen. Nach der Ankunft in Spa am Sonntag abend habe Lloyd George durch seinen Adjutanten mitteilen lassen, daß als erster Punkt der Tagesordnung die Abrüstungsfrage behandelt würde. Die Schwierigkeit der Verständigung mit Berlin hat eine Verzögerung in der Ankunft der militärischen Sachverständigen herbeigeführt. Ihre Ankunft erfolgte am Dienstag um zwei Uhr nachmittags. Die Sitzung am Montag begann mit der Vorlegung der bekannten Tagesordnung, auf die an fünfter Stelle versehentlich noch Danzig gesetzt war. Wir wurden gefragt, ob wir mit der Tagesordnung einverstanden wären. Eine Ablehnung würde erfolglos gewesen sein. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir angenommen hätten, daß die Militärfrage erst später zur Sprache kommen würde, und wir hätten daher die militärischen Sachverständigen nicht gleich mitgenommen. Wir wären aber bereit, auf die Behandlung der Frage sofort einzugehen, nähere Ausführungen würden dann am folgenden Tag durch die militärischen Sachverständigen gemacht werden. Lloyd George habe darauf schroff erwidert, man müsse warten, bis die militärischen Sachverständigen da seien. Eine Möglichkeit, Einfluß auf die Tagesordnung zu gewinnen, sei nicht gegeben gewesen. Wenn wir auf einer Aenderung bestanden hätten, hätten wir gleich im Anfang einen Mißerfolg gehabt. Am Dienstag hätte dann die Sitzung unter Teilnahme von Reichswehrminister Geßler und General von Seeckt stattgefunden. Die Sitzung am Montag sei nur in einem Teil der Presse als vergeblich und schädlich dargestellt worden. Die Ausführungen in der Sitzung seien aber durchaus notwendig gewesen, um unsere Rollage klarzustellen. Bei den Ausführungen in dieser Sitzung sei auch auf die Gefahr im Osten aufmerksam gemacht worden, und zwar im Hinblick auf die Notwendigkeit des Grenzschutzes. Die Ausführungen hätten eine gute Vorbereitung zu den Ausführungen Geßlers gebildet, die dann auf Zahlenmaterial beruhten und bestimmte Vorschläge enthielten. Gleich am ersten Tage mit diesem Material zu kommen, wäre nicht vorteilhaft gewesen. Es ist also nichts verpaßt worden. Daß die Reparationsfrage in Spa nicht mehr ausführlich zur Sprache kam, sei kein Unglück. Es sei jetzt eine bessere Vorbereitung der Frage für Genf möglich.

Abg. Freiherr v. Lersner (D. V.) geht kurz auf die Vorgeschichte der Einmarschklausel ein und führt insbesondere die Note vom 23. Dezember an. Die Entente wisse, daß sie gar nicht das Recht zum Einmarsch habe. Ein Einmarsch würde ein Bruch des Versailler Friedens und des Völkerrechts sein.

Abg. Frau Sender wendet sich gegen Ausführungen des Reichskanzlers und des Ministers des Auswärtigen und polemisiert gegen die Beteiligung des Abg. Stinnes an den Verhandlungen in Spa. Die Rednerin teilt zur Lage im Osten mit, daß in Ludwigshafen Waffentransporte der Entente nach dem Osten eingetroffen seien. Die Arbeiter hätten die Beförderung dieser Waffen abgelehnt. Gegen Separationsbestrebungen trete ihre Partei mit aller Schärfe auf. Die Rednerin schließt mit einigen speziellen Fragen.

Vor schweren Kämpfen.

Von Karl Lindow.

Schneller als die Unabhängigen sich wohl dachten, sind die deutschen Arbeiter vor eine Situation gestellt, die nach dem Zeugnis der Unabhängigen nur durch die Arbeiter selbst abgewehrt werden kann. Als die prominenten Mitglieder der U. S. P. das Wort sprachen, die Arbeiter seien stark genug, alle Anschläge auf ihre Lebensrechte abzuwehren, als sie den Arbeitern die Aufgabe zuwiesen, die sonst die politische Arbeitervertretung übernahm, dachten sie an eine Art Wiederholung des Kapp-Putsches. Aber mit Ausnahme der U. S. P. macht so leicht keine politische Partei denselben Fehler zum zweitenmal. Es soll damit nicht gesagt sein, daß nicht irgendwelche direktionslose Abenteurer doch noch etwa mit einem rechtsradikalen Putsch liebäugeln. Aber die Gefahr ist sekundär.

Nachdem die unhellbaren Idioten von rechts das fast an ein Weltwunder grenzende Kunststück fertig brachten, durch ihren Angriff auf die Arbeiterrechte, die, wenn auch leider nur vorübergehende Einigung der Arbeiterklasse zu erzwingen, nachdem die „Post" das Bürgertum vor dieser Einmütigkeit als neue Gefahr gewarnt hat, dürften die hellängigen Führer der Kriegsparteien an einer Auseinandersetzung mit den Arbeitern im großen wenig Geschmack finden. Sie haben es auch nicht nötig, denn einstweilen arbeitet die Zeit in ihrem Interesse. Sie haben ihre Vertretung in der Regierung und die Arbeiter nicht. Die Reaktion verlegt ihre Angriffe vom politischen auf den wirtschaftlichen Kampfplatz.

Mit dem Jammern über geringe Ergiebigkeit der Arbeit begann es, mit dem Wehklagen über die hohen Löhne wurden die Plänkeleien eröffnet und mit dem Beschluß der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, in Zukunft in keine Lohnaufbesserung mehr einzuwilligen, fiel die Kriegserklärung an die Arbeiterschaft.

Seit diesem Tage schwelt es in Deutschland und stellenweise, wie z. B. in Königsberg, ist bereits der Brand zum Durchbruch gekommen. Ueberall lehnen die Unternehmer es ab, Lohnerhöhungen zu bewilligen, und wo Schiedssprüche zugunsten der Arbeiter gefällt werden, erleiden diese dasselbe Schicksal. Bei der Lohnbewegung der Binnenschiffer lehnte der vom Reichsarbeitsministerium bestellte „unparteiische" Schiedsgerichtsvorsitzende es ab, einen Schiedsspruch zu fällen, weil die Differenz zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem „Angebot" der Unternehmer zu groß sei. Das stimmt, die Unternehmer lehnten nämlich jedes Entgegenkommen ab. In Hamburg kommen die Holzplatzarbeiter mit den Unternehmern zu keiner Einigung. Das Schiedsgericht billigt den Arbeitern eine Erhöhung zu, die hinter den Zugeständnissen der Unternehmer zurückbleibt.

Für jeden, der Augen hat, ist es ganz klar, daß alle Behörden gegen Arbeiterforderungen heute ganz anders ins Zeug gehen, als vor dem Regierungswechsel. Wir haben jetzt eine bürgerliche Regierung, das ist der Unterton, der fast überall, nicht nur bei den Behörden, durchklingt. Wochen-, ja monatelang dauerte es, bis die Unternehmer sich dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft, durch Lohnerhöhungen wettzumachen, fügte. In weniger Stunden als damals Tage fügten sich die Herrschaften dem Beschluß der Scharfmacher, keine Lohnerhöhungen mehr zu bewilligen. Neugierig darf man sein, wie sich die Zentralarbeitsgemeinschaft stellen wird, wenn die Arbeitervertreter gegen den Scharfmacherbeschluß Protest erheben. Zurzeit sind die Herren an allen Ecken und Enden dabei, Kämpfe zu provozieren. Sie hoffen, daß die schlechte wirtschaftliche Lage es ihnen gestattet, die Macht der Arbeiter bald hier, bald dort abzubröckeln. Ihnen liegt vor allem daran, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu schwächen. Ob eine derartig geschwächte Arbeiterschaft dann noch die Kraft hat, einen politischen Angriff auf ihre Rechte abzuwehren, ist sehr zweifelhaft. Die Verhältnisse liegen heute anders als in den Märztagen. Damals wählte man den Weg der Gewalt. Der Angriff scheiterte nicht allein am Generalstreik der Arbeiter. Ebenso schwer wie dieser Schlag traf die Putschisten die Lahmlegung der ganzen Verwaltung durch die verfassungstreuen Ministerien. Heute wird jeder Angriff auf die Arbeiter auf verfassungsmäßigem Wege vor sich gehen. Eine der Kapp-Parteien sitzt sogar in der Regierung, und im Reichstag sitzen mehr Arbeiterfeinde als Arbeitervertreter. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200722-18/fragment/page=0001

aber es steht zu befürchten, daß ein arbeiterfeindliches Gesetz heute eine glatte Majorität findet. Die Gegner des Achtstundentages sitzen bis in die Reihen der bürgerlichen Demokraten, und ein Reichsgerichtsurteil erklärte dieser Tage frei und frank, es bestünden Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung über den Achtstundentag. (!!) Auf diesem Wege würde Stück für Stück der Arbeiterrechte zerbrochen.

Aber die Arbeiter werden sich ihrer Haut zu wehren wissen, riefen uns die Unabhängigen zu. Das ist die Drohung mit dem Generalstreik. Am 12. Juli haben die Berliner Metallarbeiter eine Resolution beschlossen, in der die Gewerkschaftskommission aufgefordert wird, in allen Betrieben über Folgendes abstimmen zu lassen:

Ist die Arbeiterschaft des Betriebs bereit, in eine revolutionäre Aktion einzutreten

1. gegen die Wucherpreise,
   für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände;
2. gegen die Arbeitslosigkeit,
   für die Aufnahme der vollen Produktion;
3. gegen die Verkürzung der Erwerbslosenunterstützung;
4. für die Beseitigung des Steuerabzugs;
5. für die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft,
   für die Einführung der sozialistischen Bedarfswirtschaft

Solche „revolutionäre" Beschlüsse zu fassen, ist ein Kinderspiel, besonders wenn man ihre Durchführung auf andere Leute abwälzt. Aber selbst das Lob der „Roten Fahne" macht aus einer kapitalen Dummheit noch keine revolutionäre Tat. Auch daß in Sachsen Aehnliches geplant oder bereits beschlossen ist, ändert an diesem Urteil nichts. Den Kapitalisten könnte man in diesem Augenblick keinen größeren Gefallen tun, als in den Streik einzutreten. Billiger als ein Proteststreik, gegen die Erhöhung der Brotpreise zum Beispiel, wäre es gewesen, wenn die Unabhängigen im Reichstag nicht den geplanten Ausschuß zu Fall gebracht hätten.

Eine „revolutionäre" Tat um der Punkte willen, die die Berliner Metallarbeiter aufführen, ist nichts als „revolutionäre Verzweiflung". Die deutsche Arbeiterschaft ist durch die Abstinenzpolitik der Unabhängigen in eine Lage gebracht, die ihnen den Gedanken an solche Verzweiflungsschritte außerordentlich nahelegt. Alle Arbeiter aber, die einen klaren Kopf behalten haben, werden sich gegen solche Verzweiflungsaktionen, die letzten Endes zu ihrem Schaden ausschlagen, stemmen. Auch die Schuldigen wollen sie nicht vergessen. Die U. S. P. hat mit ihrer Weigerung, in die Regierung einzutreten, ihren Anhängern ja keine andere Wahl als die „revolutionäre" Verzweiflung gelassen. Eine zur Hälfte aus Sozialisten bestehende Regierung hätte die Arbeiterschaft und die Wirtschaft sowohl vor dem Zerstörungswahnsinn der Kapitalisten wie der „revolutionären" Worthelden schützen können.

Allerdings, der Wortalkoholismus der U. S. P. hätte dann keine Triumphe feiern können. Diesem Wortalkoholismus der Unabhängigen werden heute die Arbeiterinteressen geopfert. Bei der U. S. P. können sich die Arbeiter für die heutige Situation bedanken.

Der Fall Wendelin Thomas.

Es ist jedenfalls kein alltäglicher Vorgang, daß ein unabhängiges Blatt fragt, „Weiß niemand, wo der Spitzel und frühere Signalmaat Wendelin Thomas aus Wilhelmshaven geblieben ist, der Geliebte und Helfershelfer der Lockspitzeln Schröder-Mahnke?", — und dann als Antwort erhält: „Jawohl, wir wissen es, Herr Wendelin Thomas ist momentan Reichstagsabgeordneter der Unabhängigen Partei in Augsburg.

Die U. S. P. wird sich damit zu entschuldigen suchen, daß jede Partei einmal mit einem Vertreter Pech haben könnte. Das ist zuzugeben, aber der Fall Wendelin Thomas liegt doch ganz anders: er zeigt, mit welcher Leichtigkeit ein gewissenloser Schreier in der U. S. P. D. Karriere machen kann, bis zu den höchsten Ehrenposten, die überhaupt zu vergeben sind. Wir schlagen nämlich im neuen Reichstagshandbuch nach und finden dort beim Namen Wendelin Thomas folgende von ihm selbst gegebene Lebensbeschreibung:

Geboren am 21. Juni 1884 zu Diedenhofen (Lothringen); Diffident, besuchte die Volksschule, war Seemann, später Schiffbauer bis zum Kriegsbeginn. Seit 1. September 1919 Redakteur des „Volkswillen" Augsburg.

Vergeblich sucht man in dieser Lebensbeschreibung die Verdienste des Herrn Wendelin Thomas um die Arbeiterbewegung, die ihn für das hohe Amt des Reichstagsabgeordneten qualifizieren sollen. Er hat die Volksschule besucht und war Seemann. Das ist alles. Wann der 37jährige der Partei oder Gewerkschaft beigetreten ist, verrät er nicht, obgleich diese Angabe kaum bei einem einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten fehlt. Aber wir glauben es verraten zu können: die Zugehörigkeit des Herrn Thomas zur Arbeiterbewegung datiert wahrscheinlich seit dem 9. November 1918. Ob er schon vor diesem Datum gewußt hat, wer Karl Marx war und welches seine Lehre, möchten wir bezweifeln (falls er es heute wissen sollte). Der Mann ist einfach von der Matrosenrevolution angesteckt worden, hat einen großen Mund und ein keckes Auftreten gehabt und wurde — schwupp — nach Jahresfrist unabhängiger Redakteur und — schwupp — schwupp — nach weiteren neun Monaten unabhängiger Reichstagsabgeordneter. Soviel, oder sowenig braucht man, um in der U. S. P. D. an die Spitze zu gelangen.

Ist das ein Zufall? Keineswegs! Wer seit Jahr und Tag von dem Geschimpfe auf die alten Führer lebt, die Jahrzehnte in der Bewegung ihren Mann gestanden haben, der muß ja hergelaufenen Burschen folgen, deren Vergangenheit niemand kennt. Wo es jeden grünen Jungen erlaubt ist, ergraute Führer „Verräter" zu schimpfen, da werden notwendigerweise die wirklichen Verräter Führer.

Das ist die Lehre aus dem Fall Wendelin Thomas.

Die verratene Sicherheitspolizei.

Die Tatsache, daß in Spa seitens der deutschen Delegation die Interessen der Sicherheitspolizei in sträflicher Weise preisgegeben worden sind, kommt jetzt auch einem Teil der bürgerlichen Presse zum Bewußtsein. So schreibt in einer Betrachtung über Spa die „Vossische Zeitung":

> Da die deutschen Militärs ihres Erfolges sicher zu sein glaubten, so bestanden sie auf ihre 200 000 Mann Reichswehr, verhandelten über die Frage der Sicherheitspolizei überhaupt nicht und erlebten schließlich die Enttäuschung, daß Lloyd George in recht brüskier Weise den Modus der Entwaffnung diktierte, wobei dann eben die Sicherheitspolizei völlig unter den Tisch fiel.

Aehnlich schreibt ein Berliner Mittagsblatt:

> Die Sicherheitspolizei ist bei den Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage in Spa von deutscher Seite leider derart nebensächlich, stiefmütterlich behandelt worden, daß über ihre künftige Stärke, Art der Bewaffnung noch immer Unklarheit herrscht.

Sehr bezeichnend ist dagegen der Umstand, daß die reaktionäre Presse, die sonst bei jeder Gelegenheit nationale Phrasen im Munde führt, gegen die Preisgabe der Sicherheitspolizei durch die deutsche Delegation noch nicht ein einziges Wörtlein des Protestes gefunden hat. Ein Beweis mehr, daß die militaristischen Kreise diese Formation leichten Herzens fallen ließen, weil sie in ihrer größeren republikanischen Zuverlässigkeit den Herren weit unsympathischer ist als die ganz unter reaktionären Einflüssen stehende Reichswehr. Das Ganze nennt sich: „Das Vaterland über die Partei."

Wir halten es für dringende Pflicht des Reichstags und der einzelstaatlichen Parlamente, wegen dieser Preisgabe wichtiger Lebensinteressen von ihren Urhebern Rechenschaft zu fordern. Dabei ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß bezüglich der Sicherheitspolizei von der Entente viel größeres Entgegenkommen zu erwarten war als in der Frage der Reichswehr, wenn nur die deutsche Delegation den bescheidensten Versuch gemacht hätte, nach dieser Richtung hin zu operieren.

Inland.

Verfahren gegen monarchistische Offiziere.

Berlin, 21. Juli. Der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stock arbeitende und paritätisch zusammengesetzte Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium für die Prüfung des Verhaltens der Offiziere während der Märzvorgänge hat die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen. Insgesamt wurden 230 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuß hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen:

1. bei 5 Fällen ist Verabschiedung,
2. bei 13 Fällen Dienstenthebung,
3. bei 41 Fällen Beurlaubung,
4. bei 11 Fällen Versetzung,
5. bei 28 Fällen Umkommandierung,
6. bei 12 Fällen Disziplinaruntersuchung,
7. bei 120 Fällen ist beantragt worden, nichts zu unternehmen.

Bei den unter 1. bis 4. genannten Fällen sind die Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klarstellung und evtl. Aburteilung übergeben. Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen der Anträge 5. bis 7. die Akten aus den gleichen Gründen dem Oberreichsanwalt überwiesen.

Die Referenten für die Beamten und das Unterpersonal der Marine werden in den nächsten Tagen ihre Arbeit abgeschlossen haben.

An Beschuldigungen gegen Offiziere aus der Reichswehr sind insgesamt 509 eingelaufen, von denen z. Zt. mehr als 360 erledigt worden sind.

Als Revisionsinstanz für angeblich wegen ihres Verhaltens in den Märztagen entlassene Unteroffiziere und Mannschaften in der Reichswehr ist ein Referent eingerichtet, das mitten in seiner Arbeit steht.

Grenzschutz im Osten.

Berlin, 21 Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besprach der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein das Vorrücken der Bolschewisten in Polen. Er wies auf die Möglichkeit hin, daß sich kann, ähnlich wie es im Baltikum geschehen sei, marodierende Banden bilden die dann auch die Sicherheit unserer eigenen deutschen Grenzbevölkerung gefährden könnten. Der Minister des Aeußern Dr. Simons erwiderte daß in der Tat die bolschewistische Armee nur wenige Tagemärsche von der deutschen Grenze entfernt sei. Deutschland habe seine volle Neutralität in dem russisch-polnischen Kriege erklärt und für den Schutz der Grenzbevölkerung gegen die vom Abgeordneten Bernstein angedeuteten Gefahren seien bereits sorgfältige Maßnahmen getroffen worden.

Aufhebung der Fleischkarte in Bayern.

München, 21. Juli. Das Staatsministerium für Landwirtschaft ermächtigt die bayerische Fleischversorgungsstelle mit Wirkung ab 2. August 1920 die Reichsfleischkarte für das Gebiet des Freistaates Bayern aufzuheben. Alle übrigen Vorschriften über die öffentliche Bewirtschaftung von Fleisch und Vieh werden durch diese Maßnahme nicht berührt.

Ein Sozialdemokrat von Franzosen verurteilt.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Der Geschäftsführer der „Freien Presse" in Höchst a. M., Kallenbach, wurde vom französischen Polizeigericht in Mainz zu sechs Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Bestrafung erfolgte wegen angeblicher Verhöhnung der Besatzungstruppen durch Aushang der im besetzten Gebiete verbotenen illustrierten Zeitschrift „Der wahre Jakob" im Schaufenster der „Freien Presse".

Bela Khun und die Gefangenentransporte.

Berlin, 22. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, die österreichische Regierung hatte vor kurzem die Reichsregierung ersucht, die noch in Oesterreich internierten kriegsgefangenen Russen durch Deutschland nach Rußland zurückzubefördern. Die deutsche Regierung hatte ihre Zustimmung dazu erteilt. Nunmehr ist ein Transport von 108 Männern und acht Frauen nach Stettin geführt worden. Dort machte der österreichische Offizier, der den Transport führte, die Mitteilung, daß sich politische Persönlichkeiten bei dem Transport befänden. Da die deutsche Regierung auf eine gelegentliche Anfrage des österreichischen Gesandten in Berlin ausdrücklich erklärt hatte, daß sich ihre Zustimmung nur auf den Durchtransport von Kriegsgefangenen bezöge und grundsätzlich nicht gestatten könnte, daß andere Personen insbesondere politisch Verfolgte, wie Bela Khun, dem Transport angeschlossen würden, mußte der Transport in Stettin angehalten und nach Oesterreich zurückgeleitet werden.

Zusammentritt des Reichstages. Nach einem Beschluß des Aeltestenrates tritt der Reichstag am Montag, den

---

Auswanderung nach Brasilien.

Von zuständiger Stelle erhält das „Hamburger Echo" einen Bericht eines kürzlich aus Brasilien heimgekehrten Mannes über seine versuchte Auswanderung, aus dem wir im Interesse aller auswanderungslustigen Personen folgendes zur Kenntnis unserer Leser bringen:

Mit zirka 500 anderen Unglücklichen, die für ihr altes Vaterland nichts mehr übrig hatten, verließ ich Ende Januar d. J. Rotterdam mit dem Dampfer „Avare" des Brasilianischen Lloyd, ehemals deutsches Schiff. Schon bei der Unterbringung im Zwischendeck entstand ein furchtbares Durcheinander, da absolut keine Organisation vorhanden war beziehungsweise den Anordnungen der Schiffsleitung einfach keine Folge geleistet wurde. Die Verpflegung war ausreichend und wäre auch gut zu nennen gewesen, wenn Abwechslung vorhanden gewesen wäre. Es gab morgens ein kaffeeähnliches Getränk mit reichlich Brot, gutem Weißbrot. Mittags Weißkohl mit wenig Kartoffeln aber überreichlich Fleisch, oder Bohnen mit denselben Zutaten und wieder schönem Weißbrot. Gegen 5 Uhr abends ungefähr dasselbe und abends noch einmal das Morgengetränk ohne Brot. Auf uns ausgehungerte Deutsche wirkte dieses reichliche Essen, besonders die reichliche Fleischzugabe, anfangs sehr angenehm und waren alle in bester Stimmung, ausgenommen persönliche Streitigkeiten, ohne die der Deutsche anscheinend nicht gut zurechtkommen kann heute; dafür ist wohl der lange Krieg verantwortlich zu machen. Bald wirkte jedoch das eintönige und reichlich fette Essen unangenehm, da eine Woche nach der anderen verging, ohne irgendwelche Abwechslung zu bringen. Auch ließ die Sorgfalt in der Zubereitung bald nach, das Essen war häufig nicht gar; auch in der Küche ließ die Sauberkeit sehr zu wünschen übrig. Es stellten sich bald zahlreiche Unterleibsleiden ein, die vom Arzt ausschließlich mit Ricinusöl und Bittersalz behandelt wurden, welche Medikamente nebst Jod anscheinend die einzigen im Besitz des Arztes waren. Den Höhepunkt der Unzufriedenheit brachten die Tropen. Durch unsittliches Betragen mehrerer deutscher junger Mädchen — es wurden verschiedentlich weiche nachts aus den Kojen der Besatzung herausgeholt, einmal sogar vom Kapitän, wie verlautete, persönlich — ließ die Achtung der Schiffsbesatzung gegen uns bedenklich nach. Nicht nur, daß sie sich gegen die ebenfalls zwischen uns wohnenden zirka 150 Portugiesen bedeutend zuvorkommender zeigten, sie wurden direkt pflichtvergessen, so daß die Sauberkeit, die durch die Anwesenheit der Portugiesen schon an und für sich sehr mangelhaft war, direkt in Schweinerei (verzeihen Sie mir dies Wort, ich weiß tatsächlich kein passenderes dafür) ausartete. Die Toiletten waren meistenteils nur zu betreten, wenn man sich entweder wasserdichtes Schuhzeug anzog oder sich der Schuhe und Strümpfe entledigte. Von den Skandalen, die sich inzwischen dauernd abspielten, will ich schweigen, da hierfür die Schiffsleitung nicht verantwortlich gemacht werden kann; es waren Abrechnungen der Auswanderer mit ihren ehemaligen Vorstandsmitgliedern, durch die sie sich übervorteilt glaubten — um nicht betrogen zu sagen. Im Zwischendeck war eine unerträgliche Temperatur, da für Lüftung absolut nicht gesorgt wurde beziehungsweise von einigen die Seitenfenster (Bullaugen) mit der bekannten Bemerkung „es zieht" sofort wieder geschlossen wurden, trotz der an Bord herrschenden Gluthitze; denn wir passierten die Tropen im Hochsommer. Hierzu das Essen, das Fleisch und der getrocknete Fisch, mit Kohl gekocht, stanken größtenteils, so daß den meisten vor dem Genuß ekelte und wie ich tagelang von Kaffee und trockenem Brot lebten, was naturgemäß heftige Beschwerden hervorrief. Die Matrosen und Heizer erwiesen sich hier als Kinderfreunde; sie speisten von ihrem tadellosen Essen fast sämtliche Kinder wochenlang, was sehr hoch einzuschätzen ist, sonst hätten wir statt der 2 mindestens 20 Tote gehabt. Endlich kam die Hilfe in Gestalt eines katholischen Geistlichen, der in der Kajüte fuhr und dem wir unsere Not klagten. Dieser teilte es dem Kapitän mit, welcher sich dann sofort zu uns begab mit dem Schiffsarzt und einem fremden, ebenfalls zufällig anwesenden Arzt. Letzterer warf nur einen Blick auf die Zustände und ging kopfschüttelnd wieder zur Kajüte. Aber von diesem Tage an wurden wenigstens die Toiletten und das Zwischendeck täglich gespült und auch desinfiziert. Das Essen blieb dasselbe, da der Arzt, der zu jeder Mahlzeit davon eine Kostprobe erhielt, es jedenfalls für gut hielt, obgleich ich behaupten möchte, daß er es selten probiert hat; denn wir waren doch weiß Gott aus unserer Heimat bei einiges zu essen gewöhnt — so leicht hätten wir nichts gesagt. Der einzige unter uns portugiesisch sprechende Herr teilte uns denn auf unsere Bitte mit, daß nach Rücksprache mit dem Proviantmeister nur sehr wenig Reis vorhanden sei, für das Zwischendeck käme dieses kleine Quantum gar nicht in Frage. Da kam es zu offener Revolte. Der portugiesische Koch wurde aus unserer Küche entfernt und durch einen deutschen ersetzt, der ebenfalls als Auswanderer zwischen uns weilte. Nun mit einemmal war genügend Reis da, ja in solchen Mengen gekocht, daß täglich mindestens 100 Liter fertiges Essen, u. a. Reis mit Speck, mit Fisch, mit Fleisch, mit Zimt und Zucker, trotz größter Anstrengung nicht mehr zu bewältigen waren und über Bord gekippt wurden. Alles lebte wieder auf, und 10 Tage später hatten wir Rio erreicht. Hier standen uns allen noch große Strapazen bevor bezüglich des Gepäcks. Mit den teilweise sehr schweren Koffern und Kisten beladen erst das Fallreep hinunter in die Leichter, manche mußten infolge ihres sehr zahlreichen Gepäcks drei- bis viermal die Tour machen, was bei der wackeligen steilen Schiffstreppe — das Schiff lag sehr hoch — und bei der Gluthitze, zeitweise 45—48 Grad Celsius, eine kolossale Anstrengung war. Jetzt kamen wir nach der Blumeninsel, von Natur aus ein kleines Paradies, wenn es nicht von den anwesenden zirka 2—3000 Menschen — es waren alle möglichen Nationen vertreten — in einen Dunghaufen umgewandelt worden wäre. Die herrlichen Palmen und blühenden Sträucher waren umringt von Kothaufen und Kadavern bzw. stinkenden Knochen und Fleischresten, woran sich Aasgeier in Scharen gütlich taten. Das Essen war gut zu nennen; wenn es nicht von so unfreundlichen Wirten vorgesetzt worden wäre, hätte es noch besser geschmeckt. Sehr knapp war das Getränk, es gab nur morgens und abends eine Blechtasse (zirka ½ Liter) voll, und das reichte bei weitem nicht aus bei der Hitze. Hierdurch wurden hauptsächlich die Kinder zum reichlichen Wassergenuß verleitet, was bei dem reichlich vorhandenen mannigfaltigen Obst sehr gefährlich wirkte, so daß bald täglich Tote zu verzeichnen waren. Nach zehntägiger Quarantäne — inzwischen war ziemlich scharfe Zollrevisionen gewesen — bekamen wir die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200722-18/fragment/page=0002

26. Juli, nachmittags 5 Uhr, zu einer Vollsitzung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa entgegenzunehmen.

„Ein Stück bunten Tuches." Die „Deutsche Tageszeitung" weist den Vergleich zwischen den Angriffen auf die deutsche Delegation in Versailles und den Vorkommnissen vor der französischen Botschaft in Berlin mit der Bemerkung zurück, daß es in Versailles sich um Menschenleben gehandelt habe, bei der französischen Botschaft aber um ein Stück „bunten Tuches". Diese Gegenüberstellung muß einigermaßen verwundern in einem Blatt, das früher stets die Ansicht vertreten hat, jeder Deutsche müsse sich für ein Stück buntes Tuch freudigen Herzens totschießen lassen. Ob das bunte Stück Tuch schwarz-weiß-rot oder blau-weiß-rot gefärbt ist, kann doch bei der prinzipiellen Wertschätzung der Nationalflagge keine Rolle spielen.

Ausland.

Der polnische Krieg.

Warschau, 20. Juli. Die Lage der Stadt läßt keinen Zweifel mehr zu, die Bolschewisten lehnen tatsächlich jede Vermittlung ab. Vom Waffenstillstand ist keine Rede mehr, der Kampf geht weiter. Einige Optimisten glauben zwar, die Bolschewisten würden an den ethnographischen Grenzen Polens Halt machen und einen Frieden vorschlagen, das sind unbegrenzte Illusionen. Man kann nur damit möglicherweise rechnen, daß an diesen Grenzen der polnische Widerstand etwas festeren Fuß fassen wird. Die bolschewistische Nordfront nähert sich unvermindert rasch. Nach dem Heeresbericht konzentrierte der Feind gestern nördlich von Grodno seine Massen. Heute wird um die Stadt und zugleich um den Flußübergang gekämpft. Grodno liegt 150 Kilometer diesseits Wilna und 275 Kilometer von Warschau entfernt. Auch über die Lida und Noworode gehen die Sowjettruppen gegen den Njemenfluß vor. Um Baranowitschi und an der Scharalinie sind Kämpfe im Gange. Ein breiter Angriff auf Kowel soll an der Styrlinie angehalten sein. An der Sbrutzlinie, der Grenze Ostgaliziens, wird bei Hosiatyn gekämpft.

*

Wien, 20. Juli. Der Ukrainische Pressedienst meldet: die Städte im äußersten Osten und Südosten von Ostgalizien besonders Tarnapol und Brody sind wegen Gefährdung durch die Reiterei Budjennys schon vor einigen Wochen geräumt worden. Diese Transporte erfordern lange Zeit und verhindern den militärischen Verkehr. Lemberg und die Orte westlich des San sind von Flüchtlingen überfüllt darunter einer großen Anzahl von Flüchtlingen jenseits des Sbrutz, des ehemaligen Grenzflusses der Bukowina. Die Gefahr der weiteren Verschleppung der Flecktyphusepidemie ist sehr bedrohlich.

Lloyd George über Polen und Spa.

London, 21. Juli. Im Unterhause hielt heute Lloyd George eine Rede über die politische Lage, in der u. a. ausführte:

Ein unabhängiges Polen ist für die Erhaltung des Friedens unentbehrlich. Ohne ein unabhängiges Polen würde eine große angriffslustige Militärmacht über das Gebiet eines anderen Volkes hinweg direkt gegen die deutsche Grenze heranrücken. Der polnische Ministerpräsident hat sich bereit erklärt, das polnische Heer in innerhalb der eigenen Grenzen Polens zurückzuziehen. Die Sowjet-Regierung sei bereit, die Frage eines Waffenstillstandes mit Polen in freundschaftliche Erwägung zu ziehen. Es seien indessen Anzeichen dafür vorhanden, daß die Sowjet-Regierung lediglich bereit sei, über die Angelegenheit mit einer Proletarier-Regierung zu verhandeln. Die Sowjet-Regierung sei aber nicht von Rußland gewählt worden, sie sei eine große Autokratie, wie ihre Vorgängerin. Um die Ehrlichkeit der Sowjet-Regierung auf die Probe zu stellen, hätten die Alliierten Polen den Rat gegeben, Rußland um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Wenn Rußland dieses Ersuchen ablehne und die russischen Truppen in Polen einmärschierten, dann würden die alliierten Mächte Polen alle in ihrer Macht liegende Unterstützung gewähren. Innerhalb der letzten Tage hätten die Polen ein Freiwilligenheer von 300 000 Mann aufgestellt. Polen habe also reichlich Mannschaften, aber Mangel an Ausrüstung und Organisationskräften. Frankreich und England könnten dies liefern. Frankreich und Großbritannien hätten besondere Gesandte nach Polen geschickt, die darüber berichten werden, welche Schritte ergriffen werden sollen, um dem polnischen Volke bei Verteidigung seiner Grenzen beizustehen.

Lloyd George wandte sich dann den Ergebnissen der Konferenz in Spa zu und führte aus:

Die Konferenz habe den Deutschen die Möglichkeit gegeben, mit den Alliierten in einer regelrechten Luft und einer auf beiden Seiten etwas zugänglicheren Stimmung zusammen zu kommen. Er habe den Eindruck, daß der deutsche Reichskanzler und Dr. Simons zwei vollkommen ehrenhafte, aufrichtige Männer seien. Es seien Leute, die ihr Bestes tun würden, um den Friedensvertrag auszuführen. In Spa seien für jedes Land wertvolle Ergebnisse erzielt und die Einigkeit der Alliierten gestärkt worden. Es sei erwiesen, daß die Deutschen sich mit der Frage der Entschädigung abgemüht hätten und große Anstrengungen machten, um damit vorwärts zu kommen. Lloyd George betonte, daß Pläne zur Beschaffung von Geldmitteln aufgestellt worden seien, um Deutschland in den Stand zu setzen, die Zahlungen zu leisten. Ein Versuch, sich den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen, sei nicht wahrzunehmen.

Zur Frage der Kriegsverbrecher bemerkte Lloyd George, in Spa seien Abmachungen getroffen worden, die es ermöglichten, die Frage zu einem neuen Zeitpunkt ohne Verzug und mit Nachdruck zu behandeln. Die Entwaffnungsfrage sei eine der schwersten Fragen gewesen, denen man gegenüber stand. Es befindet sich noch immer viel zu viel Kriegsmaterial in Deutschland, als daß man sich sicher fühlen könnte. Die Alliierten hofften, daß die rückständigen Gewehre bis Ende September ausgeliefert sein würden.

Der Premierminister schloß: „Hätte die Konferenz vor 1914 stattgefunden, so hätte es überhaupt keinen Krieg gegeben."

Die vereitelte Londoner Friedenskonferenz.

Amsterdam, 21. Juli. Der Unterstaatssekretär des Aeußern Harmsworth antwortete auf Anfragen im Unterhaus, daß die Regierungen von Finnland, Litauen und Lettland die Einladung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in London abgelehnt hätten. Die englische Regierung habe vorher mit dem General Wrangel über den Waffenstillstand keine Besprechung gehabt. Die russische Räteregierung habe auf die Einladung geantwortet. Da aber noch Verhandlungen im Gange seien, werde es nicht für wünschenswert erachtet, die Antwort von Moskau sofort zu veröffentlichen. Die englische Regierung beabsichtige, die ganze Korrespondenz über diese Frage sobald als möglich bekannt zu geben.

Einberufung des Völkerbundes.

London, 21. Juli. (Reuter.) Der Völkerbundsrat gibt bekannt, Wilson habe die Völkerbunds-Versammlung für den 15. November nach Genf einberufen.

Notizen.

Ein sozialdemokratischer Ehrendoktor. Anläßlich der 800-Jahrfeier der Stadt Freiburg i. Br. hat die rechtswissenschaftliche Fakultät der Freiburger Universität den sozialdemokratischen Stadtrat und badischen Staatsrat Wilhelm Engler zum Ehrendoktor ernannt. Engler hat nur die Volksschule besucht und dürfte als Volksschüler der erste Ehrendoktor Deutschlands sein.

Von der interparlamentarischen Union. Den „P. P. N." wird geschrieben: Der Generalsekretär der interparlamentarischen Union hat die Mitglieder davon benachrichtigt, daß die 19. Konferenz der Union, die ursprünglich im August 1914 in Stockholm stattfinden und dann zunächst in diesem Jahre abgehalten werden sollte, auf das Jahr 1921 verschoben worden ist. Auf Einladung der schwedischen Gruppe wird sie in Stockholm stattfinden. — Gegenüber der Haltung der französischen und belgischen Parlamentarier, die die Forderung stellten, daß die Parlamentarier Deutschlands und Oesterreichs bis zum Beitritt beider Staaten zum Völkerbund von der interparlamentarischen Union ausgeschlossen bleiben sollten, anderenfalls sie ihre Mitarbeit versagten, hat der interparlamentarische Rat seine Ansicht dahin festgelegt, daß die Parlamentarier aller Länder zur Mitarbeit herangezogen werden sollen.

Gewerkschaftliches.

5. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vom 6. bis 8. Juli tagte der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus.

An erster Stelle stand zur Beratung der Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1919.

Die Gesamteinnahmen des Bundesvorstandes betrugen 1 270 416,04 Mk. Davon entfallen auf die Titel „Bundesvorstand" 682 843,11 Mk., „Korrespondenzblatt" 8892,73 Mk., „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" 363 177,39 Mk., „L'Operaio Italiano" 1201,63 Mark, „Oswiata" 20 345,17 Mk. und „Unterstützungskonto" 193 956,61 Mk. — Die Gesamtausgaben betrugen 1 342 304,89 Mk. Hiervon entfallen auf die Konten: „Bundesvorstand" 461 994,61 Mark, „Korrespondenzblatt" 166 191,39 Mk., „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" 366 556 Mk., „Oswiata" 59 749,36 Mk., „Zentralarbeitersekretariat" 42 338,54 Mk., „Sozialpolitische Abteilung" 52 518,98 Mk. und „Unterstützungskonto" 193 956,61 Mk. Der Vermögensbestand betrug 366 700,84 Mk.

Der Anregung, jungen Juristen (Referendaren) in den Gewerkschaftsbureaus die Möglichkeit einer gewissen Ausbildung zu geben, und sie zugleich den Auffassungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften näherzubringen, stimmte der Ausschuß zu. Die Statistische Kommission wurde auf 9 Personen bestimmt und neu gewählt. Der Ausschuß stimmte dem Antrag des Bundesvorstandes zu, vierteljährlich die Zahlen der Mitglieder der Gewerkschaften festzustellen und zu veröffentlichen. Die Arbeitslosenstatistik soll möglichst der Reichsregierung überlassen, die Statistik der Lohnbewegungen vereinfacht werden.

Am zweiten Tage setzten die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebsräte-zeitung ein. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin stattgehabte Konferenz der Agitations- und Bezirksleiter beschäftigt. Legien berichtete über diese Konferenz und über die seither in Gemeinschaft mit der „Afa" getanenen Schritte zur Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünscht die Einsetzung eines Beirates bei der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sowie eine direkte Vertretung in der letzteren. Der Einsetzung eines Beirats wurde zugestimmt. In diesem sollen die Arbeiter- bezw. Angestelltenmitglieder der Betriebsräte aller Gruppen vertreten sein. Die Namhaftmachung der Vertreter wurde den Vorständen der an den betreffenden Gruppen beteiligten Gewerkschaften überlassen. Ueber die Vertretung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes kam es zu einer längeren Aussprache, in der betont wurde, es dürfe daraus für den Metallarbeiterverband kein Sonderrecht abgeleitet werden. Schließlich kam man überein, die Zahl der Mitglieder der Reichszentrale auf sechs (drei Vertreter des A. D. G. B., zwei der Afa und der Sekretär) festzusetzen und gab dem Bundesvorstand anheim, bei der Wahl seiner Vertreter den Metallarbeiterverband zu berücksichtigen. Die „Betriebsräte-Zeitung" soll vorerst monatlich im Umfange von acht Seiten erscheinen. Von der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sind bereits eine Reihe Musterentwürfe für Geschäftsordnung, Arbeitsordnung, Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen aufgestellt, die der Begutachtung der Gewerkschaftsvorstände überwiesen wurden. Die Geschäftsordnung für die örtlichen Betriebsräte-zentralen fand keinerlei Widerspruch.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Aussprache über Industrieorganisation im Baugewerbe und in den Lebensmittelbetrieben. Sie wurde durch den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes durch eine längere Rede eingeleitet, in der der Beunruhigung infolge dieser neuen Bestrebungen Ausdruck gegeben wurde. Auch andere Vorstandsvertreter schlossen sich diesen Befürchtungen an, insbesondere die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Idee der Industrieorganisation wurde dagegen verteidigt von den Vertretern der Bauarbeiter und Metallarbeiter. Die Debatte fand ihren vorläufigen Abschluß in der Einsetzung einer Kommission von elf Personen, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand und dem Vorstand der Afa die Frage der Schaffung von Industrieverbänden für Hand- und Kopfarbeiter prüfen und der nächsten Ausschußsitzung Bericht erstatten soll, sowie mit der Annahme eines Antrages Giebel, worin der Bundesausschuß erklärt, daß die Idee der Industrieorganisation nach den Wünschen der Bau- und Metallarbeiter mit dem § 5 der Bundessatzungen im Widerspruch stehe und so lange nicht verwirklicht werden könne, als nicht der Gewerkschaftskongreß diese Satzungen geändert habe. Vom Vertreter des Bauarbeiterverbandes wurde wiederholt erklärt, daß dieser nicht daran denke, seine Bestrebungen anders als im Wege der Verständigung mit den in Frage kommenden Verbänden durchzuführen.

Das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam beantragt die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses im November 1920. Der Ausschuß stimmte diesem Vorschlag zu und beschloß, elf Vertreter zu delegieren.

Mit den Zentralleitungen der christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinne ist folgende Erklärung gegen

---

Erlaubnis, auf einige Stunden täglich nach Rio überzusetzen. Hier begab sich eine aus uns heraus gewählte Kommission zur Behörde zwecks Erlangung der versprochenen Ländereien usw. Man wollte nichts davon wissen und forderte als Beweisstück das Schreiben der brasilianischen Regierung, welches uns zur Auswanderung verleitet hatte. Hierzu war natürlich niemand in der Lage: wir besaßen nur eine Zeitung, in welcher die brasilianische Regierung — ich glaube durch das Schweizer Konsulat — 3000 deutsche Landwirte nebst Familie aufforderte, nach dort zu kommen, unter den größten Versprechungen. Die Anerkennung dieses Artikels wurde glatt abgelehnt mit der Bemerkung, dies könne jeder in eine beliebige Zeitung hineinsetzen lassen; übrigens sei gar kein Land vermessen und könne aus diesem Grunde auch nichts zur Verfügung gestellt werden. Darauf gingen wir zum Hilfsverein, der uns jedoch nicht helfen konnte und uns zu einem deutschen Stellenvermittler verwies, durch den dann auch verschiedene Stellung bekamen als Handwerker, Arbeiter usw. Es kamen auch täglich Agenten nach der Blumeninsel, hauptsächlich von Kaffeeplantagen beordert, wodurch auch einige Familien untergebracht wurden. Wie ich später erfahren habe, sollen tatsächlich einige Familien Regierungsland bekommen haben, dem größten Teil jedoch — zirka 80 Familien — wird nichts weiter übrig bleiben, als Arbeit zu suchen bzw. ihrem Berufe nachzugehen, was sie unter bedeutend günstigeren Verhältnissen im Vaterlande auch hätten haben können. Ich bin dann mit Hilfe eines brasilianischen Bootsmannes heimlich ausgekniffen mit meinem Gepäck, welches mir einige Landsleute bereitwilligst mit ins Boot halfen, nachdem viele Frauen und Kinder jammernd Abschied von mir genommen hatten, unglücklich darüber, daß ihnen nicht auch die Mittel zur Verfügung standen, ebenfalls wieder nach der alten Heimat fahren zu können.

Brasilien ist an und für sich ein schönes und reiches Land. Wer jedoch die Absicht hat, dorthin zu machen, soll es sich erst dreimal überlegen. Der vermeintliche Kapitalismus, den der deutsche Arbeiter und Angestellte mit dem Verlassen seines Vaterlandes glaubt hinter sich gelassen zu haben, macht sich in Amerika überhaupt erst richtig bemerkbar. Hier spielt nur der eine Rolle, der Vermögen besitzt, alle anderen sind recht- und machtlos, sie fristen ein kärgliches Dasein in Spelunken, von denen sich auch der Aermste hier keine Vorstellung machen kann. Würde man einen brasilianischen Arbeiter in eine Hamburger Arbeiterwohnung von nur 1 Wohn- und 1 Schlafzimmer mit Küche und gar noch kleinem Balkon führen, er würde sie vor Ehrfurcht kaum zu betreten wagen; selbstverständlich vorausgesetzt, daß eine saubere deutsche Frau sie bewohnt. — Ich hatte bei meiner Rückfahrt und auch während meines Aufenthaltes drüben genügend Gelegenheit, brasilianische Verhältnisse zu studieren. Ganz besonders habe ich mich erkundigt nach der Zukunft eines Auswanderers, falls ihm tatsächlich Regierungsland (Urwald) mit dem nötigen Zubehör gratis zur Verfügung gestellt wird. Fast jeder heute in den Städten arbeitende Deutsche hat angefangen als Kolonist, hat jahrelang Urwald kultiviert, hat auch sogar seine Freude zeitweise daran erlebt, letzten Endes sah er jedoch stets den Profit für das im Schweiße seines Angesichts Produzierte in den Taschen der Großen verschwinden. Also gerade das, wovor er sich gerettet zu haben glaubte, durch die Auswanderung findet er in erschreckenderem Maßstabe drüben wieder. Was nützt es denn dem Kolonisten, wenn er innerhalb drei Jahre es tatsächlich so weit gebracht hat, daß er ein bescheidenes Häuschen besitzt, womöglich sogar mit Veranda, kleinem Blumengarten, Geflügelhof, kleinem Viehbestand und kleiner Plantage? Es geht vielleicht einige Zeit gut, dann zerstört ihm ein Unwetter, eine Trockenheit, die Insekten, wie Ameisen, Termiten oder Heuschrecken, alles, woran er seine Freude hatte. Er fängt von vorne an, ja zum zweiten- und drittenmal von vorne an, dann gibt er es jedoch auf, und auf diesen Augenblick warten gewissenlose Schurken. Unter dem Druck der Verhältnisse verkauft er sein mit vieler Mühe und Freude erbautes, ja erkämpftes Anwesen für einen lächerlichen Preis und zieht in die Stadt, dankbar, wenn er all seine Lieben wieder mitnehmen kann, was wohl nicht immer der Fall sein dürfte; denn so schön, wie das Klima dort teilweise sein soll, der eine oder andere fällt ihm doch zum Opfer. Es gibt eben im Urwald nach Aussage vieler ehemaliger Kolonisten mehr Gefahren, als man glaubt, gegen die sich der Neuling erst mit den Jahren zu schützen lernt.

All dies zusammengenommen, muß sich doch jeder vernünftige Mann sagen, es ist heute, trotz der teilweise skandalösen Zustände, im Vaterlande immer noch ebenso gut wie in Brasilien oder sonst irgendwo. Er fristet hier jedenfalls immer noch ein menschenwürdigeres Dasein, wenn er seine Pflicht tut; von dem Leben drüben im Urwald kann man dies nicht behaupten, und er muß mehr tun als seine Pflicht, um nur das zu erreichen, was er hier gehabt hat. — Ich bin zum Schreiben dieses Artikels aufgefordert worden von den mit mir nach Brasilien hinausgezogenen Landsleuten, die dadurch hoffen, daß einflußreiche Personen es zuwege bringen, ihnen ihr Los zu erleichtern.

Ein Deutscher, der sein Vaterland wieder liebe gelernt hat.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, gelangt die Operette „Hobett tanzt Walzer" zur Aufführung. Die Donnerstags-Stammkarten gelten am Freitag zur Oper „Carmen". Sonnabend wird das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" wiederholt. Sonntag, nachmittags 4½ Uhr, Fremdenvorstellung „Die Meistersinger von Nürnberg".

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 25. Juli, abends 7½ Uhr, das Lustspiel „Komtesse Guckerl" von Schönthan und Koppel-Ellfeld seitens des Stadttheater-Personals zur Aufführung.

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Die letzte Aufführung von Goethes „Stella", ein Schauspiel für Liebende, findet in den Städtischen Kammerspielen in Bad Wittekind am Freitag, den 23. Juli, abends 7½ Uhr, statt. Karten sind im Vorverkauf an der Stadttheaterkasse erhältlich. Die Abendkasse in Bad Wittekind wird eine halbe Stunde vor Beginn der Aufführung eröffnet.

Zoologischer Garten. Auf das heute stattfindende Sommerfest unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters, Leitung Obermusikmeister Karl Steuer, sei nochmals hingewiesen. Bei gutem Wetter Prachtfeuerwerk. (Siehe Anzeige.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200722-18/fragment/page=0003

den Organisationszwang vereinbart worden, welcher der Ausschuß nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen sich anschloß:

„Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben in der jüngsten Zeit ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der mit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Dinge nicht unbeträchtlich gestärkt. Deshalb bemühen sich andauernd die organisierten Arbeiter, die Mitgliederziffern ihrer Organisationen weiter zu erhöhen. Dieses um so mehr, als die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterschaft vor Aufgaben größten Ausmaßes stellt, Aufgaben, deren Umfang und Bedeutung die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert. Auf dieser Erkenntnis beruht das Streben der Arbeiterschaft nach Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Formen. Wo sich Fälle von Terror in Arbeiterkreisen zeigten, sind sie beeinflußt von dem Wunsch auf Stärkung ihrer Vereinigungen bzw. auf Schaffung ausschlaggebender gewerkschaftlicher Organisationen.

Von den Arbeitgebern ist das Organisationsstreben der Arbeiter vielfach durch Zwangsmittel verschiedenster Art unterbunden worden, die gegen organisierte Arbeiter angewendet wurden. In der Verurteilung derartiger Zwangsmittel sind alle Organisationen einig.

Sie müssen auch einig sein in der Verurteilung aller Fälle von gewaltsamem und geistigem Terrorismus, gleichgültig, ob dieser von den Unternehmern, von einflußreichen Personen durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder durch Ausübung von Gewissenszwang, oder von Anhängern der einen Gewerkschaftsorganisation gegen Anhänger einer anderen Gewerkschaftsorganisation ausgeübt wird.

Die Koalitionsfreiheit, die in Art. 159 der neuen Reichsverfassung garantiert ist, gibt den Arbeitern das Recht, sich einer Organisation anzuschließen, die ihrer Ueberzeugung entspricht. Dieses für alle geltende Recht darf nicht in ein Unrecht, in den Zwang ausmünden, den einzelnen in eine bestimmte Organisation zu pressen. Die unterzeichneten Organisationsleitungen verurteilen jede gewaltsame Einwirkung auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation mit aller Entschiedenheit. Sie fordern alle ihre Beamten, Angestellten, Vertrauensmänner und Mitglieder auf, inner- und außerhalb der Betriebe jedem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des Uebertritts von einer Organisation in eine andere auf das nachdrücklichste entgegenzutreten."

Ferner wurde gegen drei Stimmen folgende Erklärung gegen die Kundgebung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände betreffend Lohnabbau angenommen:

„Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschußsitzung vom 20 Mai 1920 einen Mahnruf an alle ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände gerichtet mit der Aufforderung, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen, da die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten hätten, der Absatz schon heute überall stocke und eine abermalige Steigerung der Gestehungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Preissteuerung zur Katastrophe führen müsse.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß diese Kundgebung einer der stärksten Arbeitgebervereinigungen aufs tiefste bedauern, da sie der Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der Löhne und Gehälter Schwierigkeiten bereitet und in die Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften eingreift. Ein einseitiger Lohnabbau seitens der Arbeitgeber würde Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern heraufbeschwören, die das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitsgemeinschaften unmöglich machen würden.

Die Gewerkschaften sind sich der Schwierigkeiten in der deutschen Volkswirtschaft hinsichtlich der Preisentwicklung sowie der Anpassung der Löhne und Gehälter an diese wohl bewußt und gleichfalls davon überzeugt, daß eine Gesundung dieser Verhältnisse angebahnt werden muß. Eine solche kann und darf aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmer dadurch erzielt werden, daß versucht wird, durch Lohnverminderungen einen Preisabbau zu erzwingen. Vielmehr muß der Preisabbau die Voraussetzung für eine Anpassung der Löhne sein, die auf den wirklichen Lebenshaltungskosten basieren müssen. Auch genügt es nicht, daß die Großhandelspreise einiger Lebensmittel an gewissen Umschlagsplätzen vorübergehend im Sinken begriffen sind, um daraus auf eine allgemeine Verminderung der Lebenshaltungspreise zu schließen, sondern es bedarf der genauen Kleinhandelspreise, deren Indexziffern allein den zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Preisbewegung abgeben.

Die Gewerkschaften müssen entschieden Verwahrung einlegen gegen den einseitigen Versuch führender Arbeitgeberverbände, die Lohnregelung der paritätischen Verständigung zu entziehen und der früheren Willkür kapitalistischer Herrschaftsgelüste zu unterstellen."

Zur Frage der Beteiligung lebenswichtiger Betriebe bei Generalstreiks wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht, für ihre Verwaltungsorgane Richtlinien über das Verhalten ihrer Mitgliedee in solchen Fällen aufzustellen.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Grudekarten betreffend.

Für die Zeit vom 1. August bis 31. August 1920 gelten von der gelben Grudekarte Nr. 2 die Abschnitte J—Qu, zum Bezuge der Waschkohle mit ½ Zentner Briketts der Abschnitt mit der gleichen Buchstabenbezeichnung.

Die Bestimmungen der Verordnung vom 6. 4. 20 über die Kohlenversorgung 1920/21 finden hierbei entsprechende Anwendung.

Halle, den 20. Juli 1920.

Die Ortskohlenstelle.

III. Nachtrag
zu den Bedingungen für die Lieferung elektrischer Energie zu Pauschalpreisen vom 14. März 1916.

Die aus dem II. Nachtrag vom 24. April 1919 sich ergebende Jahresgebühr ist vom 1. Juli 1920 ab außerordentlich erhöht worden. Siehe hierzu den V. Nachtrag zu den Bedingungen für die Lieferung elektrischer Energie vom 26. Januar 1915.

Halle, am 13. Juli 1920. **Der Magistrat.**

V. Nachtrag
zu den Bedingungen für die Lieferung elektrischer Energie vom 26. Januar 1915.

Die aus dem III. Nachtrag vom 24. April 1919 und dem IV. Nachtrag vom 27. Mai 1920 sich ergebenden Strompreise werden mit der für den Monat Juli 1920 maßgebenden Zählerablesung bezw. mit dem 1. Juli 1920 nochmals außerordentlich wie folgt erhöht:

um 55 Pfg. für die Kilowattstunde Kraftstrom (§ 4 I),
um 50 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom nach dem Gebührentarif (§ 4 I),
um 15 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom nach dem Wohnungstarif (§ 4 IIa),
um 24 Mark jährlich für jede Pauschallampe und
um 12 Mark jährlich für jede Lampe in selbsttätigen Treppenbeleuchtungsanlagen (§ 7).

Halle, am 13. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Gemäß den Nachträgen III bis V zu den Stromlieferungsbedingungen sind für die Monate Juli bis September 1920 für Niederspannungsstrom folgende Preise und Gebühren zu bezahlen:

168 Pfg. für die Kilowattstunde Kraftstrom (§ 4 I),
276 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom (§ 4 I),
250 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom für Wohnungen (§ 4 IIa),
63,40 M. Jahresgebühr für jede sechzehnkerzige Lampe in selbsttätigen Treppenbeleuchtungsanlagen und
81,60 M. Jahresgebühr für jede Lampe in Pauschalanlagen.

Halle, am 14. Juli 1920. **Der Magistrat.**

U.T
Leipzigerstr. 88 Fernruf 1224.
Alte Promenade 11a Fernruf 5738.

Ab morgen!
Erstaufführung
Das erste verfilmte Werk Fritz Reuters
Ut mine Stromtid
Schauspiel in 1 Vorspiel und 6 Akten mit
Ed. von Winterstein
Wilh. Diegelmann
Hedda Vernon
Reinhold Schünzel.
Vorführung: 4.20 6.30 8.50.
Bluff und Bankerott
Groteskes Lustspiel in 2 Akten.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Beginn 4 Uhr

Ab morgen!
Liebe, Hass und Geld
Nach den Motiven des bekannten Romans „Im Schillingshof" von E. Marlitt.
In der Hauptrolle: Edith Meller.
Vorführung: 4.50 7.00 9.20.
Der Sommerfrischler
Tolles Lustspiel in 3 Akten
Gerh. Dammann
Hansi Dege,
Vorführung: 4.10 6.20 8.30.
Die neuesten Wochenberichte.
Beginn 4 Uhr

Kleine Preise Wochentags bis 5 Uhr bei vollem Programm.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstr. 51 Fernruf 4681
Ab Freitag:
Der Tanz auf dem Vulkan
2. Teil!
„Der Tod des Grossfürsten"
Erschütterndes Gesellschafts-Drama.
Vorführung: 4.45 6.50 9.00.
Einlass 3½, Beginn 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8 Uhr 15 Min.
Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachmittags kleine Preise bei vollem Programm!

Stadt-Theater
Freitag, den 23. Juli 20. Anf. 7½, Ed. 10½ Uhr: Carmen.
Sonnabend: Als ich noch im Flügelkleide.

Apollo-Theater. Tägl. 8 Uhr: Gräfin Paprika.
Vorverk. 9—1 u. 5—½ 7.

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 25. Juli 1920, abends 7½ Uhr:
Komtesse Guckerl.
Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind.
Freitag, den 23. Juli, abends 7½ Uhr:
Stella
ein Schauspiel f. Liebende von Goethe.

Zoo.
Heute Donnerstag, den 22. Juli,
Sommerfest
unter Mitwirkung des Philharm. Orchesters.
Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer
Bei gutem Wetter: Pracht-Feuerwerk.

Vernickelung,
Emaillieren v. Fahrrädern usw. pp. billig.
Gebr. Plato, Gr. Brauhausstraße 29.

Wir haben einen großen Posten dünnen Papier-
Bindfaden
im ganzen oder kiloweis preiswert abzugeben.
„Verlag Volksstimme", G. m. b. H., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf 5407.

Für Kinderfeste:
Kindertragstäbe, Laternen, Fackeln, Abschiessvögel, sowie viele Verlosungs- u. Geschenkartikel für Kinder.
Billigste Bezugsquelle.
Paul Lange,
Merseburgerstr. 168, Nähe Riebeckplatz, neb. Apollotheater.
Telephon 3477.

Prüfet alles, behaltet das Beste
Freyberg-Biere
nur noch in höchst, gesetzlich zulässiger Stärke.

Billige Herren-Anzüge
beste Qualitäten — tadelloser Sitz
Meine Schaufenster zeigen die bedeutend herabgesetzten Preise!
Julius Hammerschlag,
36 Gr. Ulrichstrasse 36.

10 000 Pfund
Seefische
treffen Freitag früh ein.

Seelachs ohne Kopf		Pfund
Kabeljau " "		1.50
Seeaal " "		Mark
Goldbarsch " "		
Fischkoteletten	Pfund	1.80 Mk.
Angelschellfisch	"	1.20 "
Seehecht, ohne Kopf	"	3.50 "
Grosse Scholle	"	3.00 "
Steinbutt	"	7.00 "

Alles beste Nordseeware.
Friedrich Krahmer
Fluss- und Seefisch-Handlung, Fischerplan 3. Telephon 6205.
Markttags-Verkauf am Wochenmarkte.

Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haassengler, Metallwarenfabrik, Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1839.

Aus dem Insel-Verlag
empfehlen wir aus der „Bibliothek der Romane"
Styn Streuwels, Der Flachsacker geb. 16.80
Charles Sealsfild, Das Kajütenbuch geb. 16.80
Ricarda Huch, Das Leben des Grafen Federiko Confalonieri geb. 16.80
ferner:
Friedr. Theod. Vischer, Auch Einer geb. 19.20
Schillers Gespräche, herausgegb. von Jul. Petersen geb. 16.80
Verlag der Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Nähmaschinen
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Weißenfels

Fleischabgabe.

Die Fleischmenge in der Woche vom 18.—25. Juli 1920 beträgt:

125 Gramm Rindfleisch oder Schweinefleisch oder Speck zum Preise von Mk. 2.70

Auf Kinderkarte die Hälfte.

Da nur ein beschränktes Quantum Schweinefleisch verfügbar ist, können nur die folgenden Geschäfte einen Teil Schweinefleisch an ihre Kunden zum Preise von Mk. 2.70 für die 125 Gramm verabfolgen.

Schader, Friedrich, Gr. Kalandstraße
Kurze, Ernst, Langendorferstraße
Heyffel, Kurt, Nikolaistraße
Conrad, Otto, Friedrichsplatz
Hartmann, Paul, Beuditzstraße
Röhrich, Heinrich, Klosterstraße
Jacobi, Frieda, Nikolaistraße
Schmidt, Reinhold, Langendorferstraße
" Wilhelm, Katharinenstraße
Schieck, Kurt, Jüdenstraße
Pennert, Robert, Kubastraße
Bach, Otto, Nikolaistraße
Würfel, Paul, Tagewerbenerstraße

Weißenfels, den 21. Juli 1920.

Der Magistrat.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200722-18/fragment/page=0004
DFG

Partei-Angelegenheiten.

Funktionärsitzung am **Donnerstag**, den 22. Juli, abends 7½ Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Legitimationskarte mitbringen.

Der Vorstand d. Soz. Ver. Halle
J. A.: Müller.

„Freier Sängerchor". Freitag abend **6 bis 8 Uhr** im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Str. 10, Singestunde. Nach 8 Uhr Vorstandssitzung. Wir bitten das zu beachten und vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend. Heute, Donnerstag, abend treffen sich die Genossen um 7 Uhr an dem Peißnitzspielplatz. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 22. Juli 1920.

Die Reform der Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten.

Nachdem die Besoldung der Reichs- und Staatsbeamten nunmehr fast überall neu geregelt worden ist, auch viele Kommunen neue Besoldungsordnungen für ihre Beamten aufgestellt haben, sind jetzt auch in Halle die Vorarbeiten dafür nahezu fertig. Die Verhandlungen, die mit den Ausschüssen der Beamten und Angestellten stattgefunden haben, sind restlos mit dem Erfolge einer Einigung beendet worden.

Nachstehend der Besoldungsplan für die Beamten der Stadt Halle:

Gruppe I. (4000, 4300, 4600, 4900, 5200, 5500, 5700, 5900, 6000 Mark.)

Gruppe II. (4300, 4700, 5000, 5300, 5600, 5800, 6000, 6200, 6400 Mark.) Leihamtsboten (bisher Leihamtsdiener), Magistratsboten, Pförtner beim Schlacht- und Viehhof.

Gruppe III. (4600, 5000, 5400, 5700, 6000, 6300, 6500, 6700, 6900 Mark.) Ermittlungsbeamte aus der Reihe der Boten, Kassenboten.

Gruppe IV. (5000, 5400, 5800, 6200, 6500, 6800, 7100, 7300, 7500 Mark.) Aufseher der Straßenreinigung, Desinfektoren, Feuerwehrmänner (Die erste Alterszulage wird erst nach Erreichung des 28. Lebensjahres gewährt), Hallenaufseher beim Schlacht- und Viehhof, Polizeiwachtmeister (nach Erreichung der Stufe 7300 nach Gruppe V), Verwalter des Rathauses (bisher Rathausschaffer).

Gruppe V. (5400, 5800, 6200, 6600, 7000, 7300, 7600, 7900, 8100 Mark.) Botenmeister, Erster Magistratsbote, Gebührenerheber, Kabelnetzkontrolleur beim Elektr.-Werk (bisher Kabelnetzaufseher), Kontrolleur der Gasanstalt bezw. Leitungskontrolleur, Kriminalwachtmeister, Leihamtstaxatoren (die jetzigen Stelleninhaber nach Gruppe VI), Oberdesinfektor, Oberfeuerwehrmänner, Obergärtner ohne abgeschlossene Fachschulbildung, Polizeioberwachtmeister (nach Erreichung der Stufe 7300 nach Gruppe VI), Schlachthofsverwalter (bisher Schlachthofsoberaufseher), Steuererheber und Vollziehungsbeamte, Verwaltungsassistenten, Zeichner beim Gas- und Wasserwerk.

Gruppe VI. (5800, 6300, 6800, 7300, 7700, 8100, 8500, 8700 Mark.) Feldwebel der Feuerwehr, Kriminaloberwachtmeister und Bezirksoberwachtmeister, Lagerverwalter beim Elektr.- und beim Gas- und Wasserwerk (die jetzigen Stelleninhaber nach Gruppe VII), Materialienverwalten bei der Tiefbauverwaltung (die jetzigen Stelleninhaber nach Gruppe VII), Meister in den städt. Werken (die jetzigen Stelleninhaber nach Gruppe VII), Verwaltungssekretäre einschl. Inspektor des Asyls für Obdachlose, Verwalter des Stadtgottesackers.

Gruppe VII. (6200, 6700, 7200, 7700, 8100, 8500, 8900, 9100, 9300 Mark.) Obergärtner mit abgeschlossener Fachschulbildung, Obermeister in den städt. Werken, Obermaschinenmeister beim Stadttheater, Stadtsekretäre und Inspektoren des Riebeck-Stiftes, des Hospitals, des Rathauses, Technische Stadtsekretäre (Stadtbauführer), Verwalter des Nordfriedhofes.

Gruppe VIII (6800, 7400, 8000, 8600, 9100, 9600, 9900, 10 200 Mark.) Abteilungsvorsteher beim Arbeitsamt (mit wissenschaftlicher Vorbildung; sonst Gruppe VII), Abteilungsvorsteherin beim Jugendamt (mit wissenschaftlicher Vorbildung; sonst Gruppe VII), Brandmeister, Ingenieur beim Gas- und Wasserwerk, Ingenieur beim Tiefbauamt (der jetzige Stelleninhaber nach Gruppe IX), Inspektor der Straßenbahn, Inspektor des Stadtbades, Inspektoren des Gertraudenfriedhofes und Südfriedhofes, Landmesser, Leiterin der Kriegshinterbliebenenfürsorge, Oberstadtsekretäre, Oberinspektor des Alters- und Pflegeheims und Inspektor des Leihamtes, Oberinspektor der Straßenreinigung (der jetzige Stelleninhaber nach Gruppe IX), Polizei- und Kriminalkommissare, Stadtschwester, Technische Oberstadtsekretäre (Stadtbau- und Stadtbetriebsingenieure).

Gruppe IX. (7600, 8300, 9000, 9600, 10 200, 10 800, 11 100, 11 400 Mark.) Büroinspektoren, Diplomingenieur für Tiefbau, Ingenieur für Brückenbau, mit der Amtsbezeichnung „Stadtbaumeister", Polizei- und Kriminal-Oberkommissare, Stadtbaumeister (Prüß, Quambusch und Pietschmann nach Gruppe X), Technische Oberstadtsekretäre (Stadtbau-, Stadtbetriebs-Ingenieure in gehobenen Stellungen), Tierarzt.

Gruppe X. (8400, 9200, 10 000, 10 800, 11 300, 11 800, 12 300, 12 600 Mark.) Betriebsdirektor der Straßenbahn, Direktor des Statistischen Amtes, Gartendirektor, Kriminalinspektor, Magistratsassessoren, Oberingenieur beim Gas- und Wasserwerk (Stelleninhaber ist zur Zeit Angestellter), Obertierarzt, Polizeiinspektor Rechnungsdirektor, Sparkassendirektor, Stadtrentmeister, Stadtbauinspektor, Vermessungsdirektor (bisher Vermessungsinspektor).

Gruppe XI. (9700, 10 700, 11,700, 12 500, 13 300, 13 700, 14 100, 14 500 Mark.) Branddirektor, Bürodirektor, Direktor des Arbeitsamtes, Direktor des Jugendamtes, Direktor des Nahrungsmittel-Untersuchungs-Amtes, Direktor des Schlacht- und Viehhofes, Direktor des Wohnungsamtes, Direktor des Zoologischen Gartens, Magistratsräte, Magistratsbauräte, Museumsdirektor, Polizeidirektor, 1. Schularzt.

Gruppe XII. (11 200, 12 200, 13 200, 14 200, 15 100, 16 000, 16 800 Mark.) Direktor des Elektrizitätswerkes, Direktor der Straßenbahn, Direktor des Gas- und Wasserwerkes. (Dazu je eine nicht pensionsfähige jährliche Sonderzulage von 3000 Mark, bleibt bei der Berechnung des Ausgleichzuschlages außer Betracht.)

Gruppe XIII. (13 200, 15 600, 18 000, 19 000, 20 000 Mark.) Stadtarzt, Professor Dr. von Drigalski, Sondergehalt.

Die Gehaltssätze in den einzelnen Gruppen entsprechen genau denen der neuen Reichsbesoldungsordnung; nur bezüglich der Eingruppierung kommen Abweichungen vor — durchweg jedoch zugunsten der städtischen Beamten. Die Gruppe I, die in der Reichsbesoldungsordnung für die „Beamten mit einfachen Dienstvorrichtungen„ bestimmt ist, bleibt hiernach unbesetzt.

Ebenso die Gruppe XIII, die man wohl für die Stadträte reserviert hat. Die Teuerungs- und Kinderzuschläge sollen ebenfalls im Rahmen der R. B. O. gehalten sein.

Das letzte Wort haben nunmehr die Stadtverordneten. Wie wir hören, wird dort verschiedentlich beabsichtigt, die Teuerungszuschläge abweichend von den Sätzen in Reich und Staat festzusetzen.

Die Strompreise und die Rentabilität des städtischen Elektrizitätswerkes Halle.

Darüber wird uns vom Betriebsrat des städtischen Elektrizitätswerkes folgendes geschrieben: In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde Einspruch erhoben über die Strompreise. Es wurde indirekt der Betriebsleitung der Vorwurf gemacht, den Preis zu hoch bemessen zu haben, um Mittel zur Aufbesserung der Gehälter und Löhne des Personals zu haben. Der Betriebsleitung einen Vorwurf zu machen, ist unberechtigt, denn gerade sie und der Betriebsrat sahen den neuen Strompreisen beängstigt entgegen, weil diese eine Verminderung der Stromabnahme herbeiführen mußten, welche sich dann auch sofort auf 11 Proz. bemaß. Hauptsächlich waren es die Vertreter der Straßenbahn, welche uns Vorwürfe machten, daß wir den Strom so billig verkauften. Sie wollten von uns billigen Strom haben, aber die Bürgerschaft sollte bluten. Darauf konnte nicht eingegangen werden, was hätten dazu unsere Großabnehmer gesagt? Der Vorwurf, daß von der Straßenbahn zu hohe Strompreise genommen werden, ist ebenfalls unberechtigt. Wenn die Straßenbahn eigenen Betrieb hätte, könnte sie nie einen solchen Strompreis erzielen wie in dem sozialisierten Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes. Dem Betriebsrat von der Straßenbahn ist folgende Frage zu stellen: „Warum rentieren sich die Straßenbahnen, welche von Unternehmern bewirtschaftet werden?" Umgekehrt ist es bei den Elektrizitätswerken, welche in dem Besitze von Unternehmern sind. Davon haben viele ihren Betrieb eingestellt. Das hiesige Werk stellt jedoch durch seine heutige Rentabilität viele andere Werke in Schatten, obwohl hier Strompreise von 75 und 90 Pfg. erhoben wurden. Andere Werke aber 3,50 Mk. für die Kilowattstunde nehmen. Heute steht die Kilowattstunde im Durchschnitt auf 4 Mk., während Halle nur 2,60 Mk. fordert. Woher kommt nun diese Leistung? Hier waltet die Technik und nicht der Jurist. Die Betriebsleitung stand vom ersten Tage auf dem Standpunkt, großzügig zu handeln. Den Stadtvätern wurden oft bange Sorgen, wenn sie die Bausummen für das Werk bewilligen mußten. Es wurde nicht nur das angeschafft, was gerade gebraucht wurde, sondern auch an die Zukunft gedacht, wodurch große Unkosten erspart wurden. Das Elektrizitätswerk ist mit allen technischen Fortschritten der Neuzeit ausgerüstet, und nichts wird unbeachtet gelassen, welches zur Hebung der Produktion des Werkes beitragen kann. Ein großer Fehler von der noch heute juristischen Verwaltung der Stadt war es, die Gehälter der technischen Beamten unter die der Juristen zu setzen. In den technischen Großbetrieben werden die besten Kräfte gebraucht, was mit einer anständigen Bezahlung zusammenhängt und nur ein energisches Zusammenarbeiten der Kopf- und Handarbeiter bringt den Erfolg. Die Elektrizitätsarbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß nur durch positive Arbeit das Wirtschaftsleben aufgebaut werden kann. Ein gutes Zusammenarbeiten aller Mitarbeiter ist gerade in diesem Werke zu finden. Wir bedauern es immer wieder, daß Magistrat und Stadtverordnete, welche vom grünen Tisch urteilen, nicht sich selbst überzeugen, wie diese Werke geschaffen werden. Das Zusammenlegen sämtlicher städtischen Werke wäre ein großer Hemmschuh für die Sozialisierung wie für das Wirtschaftsleben. Man kann nur Werke zusammenlegen, welche Interessengemeinschaft haben. Die Werke müssen sich gegenseitig anspornen. Das sind die Bestrebungen des Sozialisierungsgedankens. Wenn man diese produktiven Werke als Versorgungsanstalten benutzen will, so hört der Geist auf, zu arbeiten. Der Aufbau des Wirtschaftslebens gehört der Technik. Wir rufen den Stadtvätern zu, stellen sie an den Oberbürgermeisterposten einen technischen Leiter, welcher mit Betriebsräten, die ihrer Stellung gewachsen sind, arbeitet, so werden sie bald den Erfolg sehen.

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

So benennt sich eine Novelle des großen Schweizer Dichters Gottfried Keller, mit deren Abdruck wir morgen beginnen. Diese Dichtung aus dem berühmten Novellenzyklus Kellers, des schweizerischen Goethe, wie er auch genannt wird, gehört unbestreitbar zu den hervorragendsten Werken der Weltliteratur. Eine tiefe Tragik erfüllt die Geschichte des bäuerlichen Liebespaares Romeo und Julia, die Keller mit unvergleichlicher Gestaltungskraft erzählt und unserem Gemüt durch seine reichen Ausdrucksmittel nahe bringt. Wohl ist Gottfried Keller längst unter den Sternen unserer größten Dichter aufgenommen, aber seine Werke sind noch nicht so tief ins Volk gedrungen, wie sie es verdienten. Mit „Romeo und Julia auf dem Dorfe" glauben wir unsern Lesern die Schönheit Kellerscher Dichtungen deshalb am besten erschließen zu können.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner.

Demokraten, Zentrum und Volksparteiler im Bunde.

Am 4. Juli d. J. ist das Organ der „Reichsgewerkschaft" Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter zum erstenmal vor die Oeffentlichkeit getreten. Für uns ist es erfreulich, daß endlich dieser Block der Eisenbahnbeamten sich seinen Mitgliedern gegenüber entpuppt. Diese werden aus der veränderten Firma ersehen, mit welch ängstlichen Erwartungen die Herren Schuldt und Genossen die erneute Zerrüttung in der sogenannten „Einheitsorganisation" der Reichsgewerkschaft erblicken. Hiernach hatte der Artikel im Deutschen Eisenbahner: „Dem Ziele entgegen" recht.

Uns der Lüge zeihen, wenn wir behaupten, daß die Reichsgewerkschaft da anfange, wo der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten vor zwei Jahren seine Laufbahn begonnen hat, beweist, daß der Regisseur die sozialistische Beamtenschaft immer noch für naiv hält. Wir stellen fest, daß unsere Behauptung heute schon bewiesen ist, weil es überhaupt unmöglich ist, eine Sammlung aller deutschen Eisenbahnbeamten in einer rückwärts politisch orientierten und von Wirrköpfen geleiteten Reichsgewerkschaft zu bringen. Niemals läßt sich der politisch freie Beamte vor einen eben aus dem Sumpf gezogenen Karren spannen, dem sämtliche Räder zerbrochen sind. Bei der jetzigen Leitung und sonstigen Verhältnissen würde das auch enorme Kosten verursachen. Dieses Finanzgeschäft zu regeln, besorgen die sozialistischen Beamten selbst, indem sie zu Scharen die Fahne der Herren Schuldt und Genossen verlassen. Schon am 13. Januar, also zwei Tage nach Gründung der Reichsgewerkschaft, begann der Zersetzungsprozeß — ohne unsere Hilfe. Mit treudeutschem Gruß fordern die mittleren Beamten in einem Flugblatt die Bildung einer „Fachgewerkschaft der Eisenbahnbeamten in gehobener Stellung".

Wo sind nun die 300 000 Mitglieder, wenn man sagt: „Wir dürfen der neuen „Reichsgewerkschaft" erst beitreten, wenn unser Ziel, die Sicherung unserer Berufsinteressen (soll natürlich heißen Standesinteressen) erreicht ist.. Kennzeichnend ist die Aufforderung, keine Beiträge zur großen „Beamten-Einheitsorganisation der Reichsgewerkschaft" zu zahlen. Hierdurch hat diese Pflicht, bei der neuen Einstufung der Besoldungsordnung für diese Herrschaften die Mittel zu verewigen und nicht, wie im Haushaltsausschuß, sich der Stimme (1. Vorsitzender, demokr. Reichstagsabgeordneter Schuldt) zu enthalten.

Wenn die Reichsgewerkschaft höhere Ziele hat, als eine Arbeitergewerkschaft, so ist dieses Ziel Illusionspolitik für diejenigen, die eben nichts lernen und sehen, was die freien Gewerkschaften, was der „Deutsche Eisenbahnerverband" für Beamte und Arbeiter bis jetzt zur Erlangung von Tariflöhnen und für die Besoldungsreform geleistet hat, natürlich ohne Fälschung der Tatsachen und Unterschriften. Wir stellen fest, daß die große Anzahl der sich jetzt im D. E.-V. organisierten Beamten allein unsere Ziele kennen, und was die Hauptsache ist, diese gutheißen. Wir stellen weiter fest, daß wir wohl nie Arbeitergewerkschaft sind und unsere Kollegen ihren Stolz darin sehen, als nützliche Arbeiter in der Republik existenzberechtigt zu sein. Nie können wir begreifen, daß eine reine Beamtengewerkschaft es unternimmt, dauernd sich um Arbeiter zu bewerben und zu organisieren, um die leistungsunfähige Reichsgewerkschaft zu unterhalten. Bei der geringen Anzahl Anhänger aus Arbeiterkreisen wird es allerdings nicht notwendig sein, deren wirkliche Interessen zu vertreten, sondern es genügt, wenn diese helfen, die dauernd leere Kasse der Reichsgewerkschaft zu füllen. Auch diese Irregeleiteten werden früh genug aus ihrem Schlaf des Standesdünkels erwachen.

Ganz klar läßt sich in der Wochenschrift des Assistentenverbandes der Zersetzungsprozeß dieser Uebergewerkschaftler in einem, unter dem Stichwort Außenseiter veröffentlichten Artikel erkennen. Es ist daraus zu ersehen, daß sich die Assistenten der Direktionsbureaus und Aemter am 18. Juni vereinigten und der 1. Vorsitzende in letzter Stunde ruft, ja nicht revolutionär zu werden, um die „gewerkschaftliche Arbeit des Vorstandes zu stören". Hier erschallt der Ruf: „O heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!"

Darum bestätigt es sich, wenn in der am 26. Juni d. J. erschienenen Wochenschrift der Assistenten gesagt wird, die höheren Zielen zustrebende Beamtenschaft nicht mit kleinlichem, widerwärtigem, entmutigendem Hader und durch schubsen, beißen und bespucken einzelne Klassen an ihrem Fortkommen zu hindern. Also, es steht fest, nicht Reorganisation treibt die Reichsgewerkschaft und die Dutzende Klimbimvereine, sondern eine Desorganisation nach früherem Muster. Ein Spaß, für Spötter.

Trotzdem wollen wir freigewerkschaftlich organisierte Beamte uns nicht zu diesen Spöttern rechnen. Unser sozialistisches Ideal läßt derartige Dummheiten nicht zu. Wir wissen, daß die immer wieder irregeleitete Beamtenschaft bald erkennt, daß es für sie in den Reihen der Reichsgewerkschaft kein Bleiben mehr gibt; ebenso wie für den Generalsekretär Funk, der am 13. Juli zurücktrat von einem Posten, den ein wirklicher Gewerkschaftler nicht wieder übernehmen wird.

„R. V."

Es gibt wohl auch heute noch einen Teil der halleschen Arbeiterschaft, der in die Tiefen der Bedeutung dieser beiden Buchstaben noch nicht hat eindringen können. Und wenn uns die Konferenz von Ende März, in der über die Lehren aus dem Generalstreik (Kapp-Putsch) gesprochen werden sollte, an der bekanntlich alle Parteien und Gewerkschaften teilnahmen, nicht Aufklärung gebracht hätte, dann stände heute noch ein größerer Teil der Arbeiterschaft vor einem Rätsel. „**Revolutionäre Vertrauensleute**", so nennt man in Halle die Korporation, in die nur wirklich waschechte „revolutionäre" zugelassen werden, von denen man weiß, daß sie auch wirklich auf dem Boden des „revolutionären" (halleschen) „Klassenkampfes" stehen. Und daß auch nur solche Zutritt zu den Sitzungen haben, das konnte man gestern abend klar erkennen. Zur Tagesordnung stand ein Antrag: „Wie stellen sich die R. V. zur Kündigung der Arbeitersekretäre." Ja, diese beiden „Arbeiter"sekretäre habens den R. V. angetan. Man hatte auch den Vorstand des halleschen Gewerkschaftskartells, der bekanntlich auch ausschließlich aus Anhängern der U. S. P. besteht, zu der Sitzung gefordert, um so Rede und Gegenrede hören zu können, die über die Gründe zur Kündigung Aufschluß geben sollten.

Man sieht an dieser Erscheinung schon, wie weit das Selbstbestimmungsrecht unter revolutionärem Regiment geht. Nicht die Gewerkschaften und deren Mitglieder entscheiden über die Arbeit ihrer angestellten Sekretäre, nein, sie geben nur die Mittel her. In welcher Form die Angestellten dann arbeiten, ob zur Zufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder, darüber entscheiden nicht diese, sondern die R. V.

Daß der Kartellvorstand unter dieser Sitzungs-Zusammensetzung einen schweren Stand hatte, war klar. Und man hatte denn auch gewissermaßen ein „Fehmgericht" eingesetzt, daß darüber entscheiden sollte, ob die beiden „Arbeiter"sekretäre das Vertrauen der R. V. genießen oder ob der Kartellvorstand zurücktreten soll. So wurde in einer zu allem Ueberfluß eingebrachten Resolution gesagt. Aber es war nicht möglich, diese eine Frage zu beantworten: „Welche Gründe haben zur Kündigung geführt", weil andauernd darum herum geredet wurde, und vor allen Dingen diese Sitzung von den „Arbeiter"sekretären Lemck und Bowitzki, dazu gebraucht wurde, kübelweise persönlichen Schmutz über einander auszuschütten, der großen Phantasie von der wirtschaftlichen Räteorganisation das Wort zu reden und dergl. mehr. Aber gerade diese Tonart scheint den R. V. am besten zu gefallen, hier sind sie in ihrem Element. Revolutionäre Phrasen in Hülle und Fülle, nur her damit, die R. V. werden für Verarbeitung in den Betrieben schon Sorge tragen. Nennt man das Arbeit im Sinne einer Einigung des Proletariats? Kann was anderes als Einigung heute für die gesamte arbeitende Bevölkerung überhaupt noch maßgebend sein, angesichts der schwierigen, politischen und wirtschaftlichen Nöte unseres Volkes? Hier erleben wir, wie zwei Konkurrenten in der Betriebsratsfrage sich die gegenseitigen Ansichten mürbe machen wollen, wie angefangen wird, zur Selbstzerfleischung der eigenen Partei zu schreiten, was unter diesen Umständen nicht ausbleiben kann. Nur weiter so, je eher die hallesche Arbeiterschaft erkennt, daß mit Phrasen und leeren Worten keine Volksgesundung herbeigeführt werden konn, sondern daß dadurch der Verhetzung der Volksmassen die Krone aufgesetzt wird, um so eher erleben wir, das, was der Parteiredner der U. S. P. in der gestrigen Sitzung zum Austrag brachte: Zwiespalt in den eigenen Reihen. Die Zeit wird uns ja lehren, wie weit der „Prophet" Recht behalten wird, hoffentlich recht viel. Dann wird mancher das erleben, was auch Ströbel, Kautsky und andere haben erleben müssen. Die Stürme sind unausbleiblich und „wehe" dem, der vom Sturme hinweggefegt wird.

Es ist schon herrlich weit gekommen unter den Genossen der U. S. P. D., wenn sie ihren eigenen Parteigenossen Winkler mit dem Kosenamen „Spitzel" dekorieren, weil er eine den Anschauungen Lemcks und Bowitzkis und der R. V.-Leute gegenteilige Ansicht vertritt. Armer Winkler, bald wirst auch Du den Weg gehen müssen, den in Halle jeder geht, der in der halleschen rrrrevolutionären Arbeiterschaft zur Vernunft und Einkehr mahnt. Mit dem Kopf im Sande folgt sie „Führern", wie diesen beiden Musterexemplaren von „Arbeiter"sekretären, nichtwissend, daß aus diesem Traum eines Tages ein Erwachen folgt.

Wegen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Entschädigung der Lehrlinge ist auf Grund der mündlichen Verhandlung in der Sitzung des Schlichtungsausschusses für Halle und den Saalkreis am 2. Juli 1920 in Sachen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Halle, Antragsteller, gegen 1. Arbeitgeberschutzverband, Bez. Halle. 2. Tischlerzwangsinnung, Antragsgegner,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200722-18/fragment/page=0005

folgender **Schiedsspruch** ergangen und verkündet: 1. Die Antragsteller erhalten einen weiteren Zuschlag zu den geltenden Grundlöhnen **des Reichstarifvertrages** für das Deutsche Holzgewerbe vom 3. Februar 1920 (S. 5 § 19 Tarifkl. II) in **Höhe von 15 v. H.** ab 1. Juli 1920, so daß nur die Teuerungszuschläge zu den Grundlöhnen insgesamt 40 v. H. betragen. 2. **Der Lehrvertrag** kann grundsätzlich tariflich geregelt werden. Die Regelung darf nur nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Die im Reichstarif für das deutsche Holzgewerbe in Abschnitt 12 stehenden Bestimmungen darüber verstoßen nicht gegen das Gesetz. Sie haben daher uneingeschränkte Geltung für den Arbeitgeberschutzverband. Für die Tischlerzwangsinnung werden dieselben Bestimmungen durch diesen Schiedsspruch eingeführt. Sie verstoßen nach Ueberzeugung des Schlichtungsausschusses nicht gegen gesetzliche Bestimmungen, obwohl die Innung am 15. Januar 1920 Bestimmungen getroffen hat, die dem Schiedsspruch vom 18. Oktober 1919 entsprechen und den Bestimmungen des angezogenen Reichstarifs widersprechen. Die Antragsteller unterwerfen sich dem Schiedsspruch. Die Antragsgegner unterwerfen sich dem Schiedsspruch nicht.

Unfall. In der Trothaer Straße sprang ein junges Mädchen während der Fahrt von der Elektrischen und fiel auf das Pflaster, ohne dabei Schaden zu nehmen. Es raffte sich schnell auf, stieß aber in diesem Augenblicke gegen einen Radfahrer, wodurch es wieder zu Falle kam und dabei 2 Finger der rechten Hand brach.

Federvieh gestohlen. Gestern abend wurden aus einem Grundstück in der Trothaer Straße 1 Gans und 5 Hühner gestohlen und auf dem Hofe einer in der Nähe befindlichen Ziegelei abgeschlachtet. Als Täter sollen ein Pole und ein Knabe in Frage kommen.

*** Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Acker „Lettin", Pächterversammlung Sonntag, den 25. Juli 1920, früh 10 Uhr, im Restaurant „Lindenhof". Dringendes Erscheinen erwünscht.

*** Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Acker „Beesener-Weg", „Beesener-Exerzierplatz" und „Grube von der Heydt", Pächterversammlung Freitag, den 23. Juli, 6 Uhr abends. Treffpunkt am Eingang Pulvermagazin. Dringendes Erscheinen notwendig.

Stärkeres Bier — wer braut solches? Der berufliche Stolz jedes Brauers hat in den Kriegsjahren ein großes Maß Bescheidenheit annehmen müssen, weil infolge der mehr als geringen Gersteзuteilung durch die Reichsstelle sein Fabrikat in nie für möglich gehaltener Verdünnung hergestellt und verkauft werden mußte. Der dadurch wie auch durch die notwendig gewordene Verteuerung des Bieres hervorgerufene Minderabsatz, erfüllte jeden Brauer mit wachsender Sorge, ja tausende Brauereien mußten ihre Betriebe für immer schließen. Mit stets zunehmender Spannung sehen daher alle Fachgenossen der neuen Ernte 1920 entgegen, und seit solche einen reichen Ertrag erhoffen läßt, drängt jeder Brauer stürmisch nach Verbesserung der Qualität seiner Biere. So hat auch Freybergs Brauerei seit Anfang Juli ihre Biere in beachtlich stärkerer Konzentration herausgegeben und damit das Herz jedes Konsumenten erfreut, was noch mehr der Fall sein wird, wenn gegen Ende dieser Woche das gesamte Bier auf die jetzt gesetzlich zulässige Höchststärke gebracht ist, ohne daß der Preis eine Erhöhung erfährt. Siehe Inserat.)

Provinz und Umgegend.

Ende des Streiks in Borna.

Der vor vierzehn Tagen im Bornaer Revier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ist abgebrochen worden. In mehreren großen Belegschaftsversammlungen wurde, ohne längere Aussprache, die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit mit großer Mehrheit per Akklamation beschlossen. Gestern früh sind die Belegschaften restlos wieder angefahren.

Die Streikleitung lag in Händen der syndikalistischen „Union", die im Verein mit der „Wirtschaftlichen Räteorgnisation" einen erbitterten Kampf gegen den alten Bergarbeiter-Verband, sowie überhaupt gegen alle freien Gewerkschaften führt.

Der Provinzialstädtetag.

Der Provinzialstädtetag der Provinz Sachsen wird am 28. und 29. September in Nordhausen stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt u. a. „Finanzwesen der Städte (Berichterstatter Bürgermeister Paul-Magdeburg)", „Siedlungs- und Wohnungsfragen", „Tarifentschlüsse und Besoldungsordnung", „Erwerbslosenfürsorge". Vorsitzender wird Oberbürgermeister Beims-Magdeburg sein, nachdem es bisher Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Erfurt gewesen. — Die Wahl des Genossen Beims zum Vorsitzenden des Städtetages ist sicher in erster Linie eine Anerkennung seiner persönlichen Tüchtigkeit, die er in den Monaten seiner noch verhältnismäßig kurzen Amtstätigkeit nicht nur in Magdeburger Verwaltungsfragen gezeigt hat, sondern gerade in Angelegenheiten, deren Bedeutung weit über die Stadtgrenzen hinausgeht. Mit der Wahl tritt aber auch die Tatsache in Erscheinung, daß Magdeburg wieder die führende Stadt der Provinz Sachsen geworden ist.

Barnstädt. Der Berichterstatter des Querfurter Tageblattes scheint sich bewußt oder unbewußt des öfteren stark zu irren. Trotzdem der Grund der Amtsniederlegung unseres früheren Ortsrichters Trömel in der „Wohnungssache" zu suchen ist, wie er auch selbst der Gemeindevertretung gegenüber erklärt hat, konnte man im Querfurter Tageblatt lesen, daß die Amtsniederlegung erfolgt sei, weil die Bewirtschaftung seines Gutes zu große Anforderungen an ihn stellt. Wenn Herr Trömel selbst so ehrlich ist und den wirklichen Grund angibt, so sollte der Berichterstatter, zumal als geistiger Hirte der Gemeinde, doch dasselbe tun, und derselben nicht — wir wollen es nicht härter bezeichnen — Unwahrheiten seiner Gemeinde unterbreiten. Wenn es sich auch um einen Gutsbesitzer und Ortsrichter handelt, die Wahrheit wollen wir immer hören. Der schaffenden Bevölkerung aber muß gesagt werden, daß es die höchste Zeit ist, derartige „Allesumschreibeblätter" aus dem Haus zu weisen. Lest und werbt für die Presse, welche die Interessen der breiten Volksschichten vertritt, lest die „Volksstimme".

— **Elternbeiräte.** Wir bitten unsere Genossen im Elternbeirat, dafür Sorge zu tragen, daß es in unserer II. Schule nicht wieder vorkommt, daß der Lehrer die Kinder nach Reichtum versetzt, sondern das nach den Leistungen und Kenntnissen tut, wenn auch dann Arbeiterkinder an erster Stelle sitzen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis.

Bitterfeld. Ertrunken. Beim Baden in der Mulde geriet am Freitag der 30jährige Landwirt Otto Barthel von hier in einen Wasserstrudel und ertrank. — Das gleiche Schicksal teilte der 14½jährige Hans Heidler, der am Sonnabend bei dem Baden in der Leine infolge eines Herzschlages ertrank.

Bitterfeld. Gewerkschaftsfest. Bei prachtvollem Wetter wurde am vergangenen Sonnabend und Sonntag unser Gewerkschaftsfest gefeiert, das einen harmonischen Verlauf nahm und in allen seinen Einzelheiten als gelungen bezeichnet werden kann. Das aufgestellte Festprogramm war sehr reichhaltig. Schon am Sonnabend fand ein Kommers statt. Derselbe wurde durch Instrumental- und Gesangskonzert eingeleitet. Gewerkschaftskollege Bormann vom Maschinisten- und Heizerverband hielt die Begrüßungsrede und ermahnte zur Einigkeit und Geschlossenheit. Sonntag früh ertönte der Weckruf, der die Langschläfer zeitig aus den Betten trieb. Das Imposanteste des Festes war der Umzug am Nachmittag, zu dem jede Gewerkschaft ihr Möglichstes beigetragen hatte. Von fast allen Gewerkschaften wurden Festwagen gestellt. Es würde zu weit führen, wollte man einen oder den anderen Festwagen hervorheben. Die Fleischer führten einen feisten Bullen im Festzuge, welcher in humorvoller Weise dekoriert war. Den Schluß machte der Erntewagen, der von unserem Stadtgute gestellt war. Beim Eintreffen auf dem Festplatze hielt der Vorsitzende des Kartells, Koll. Vogler, eine kurze Begrüßungsansprache, an welche sich die Aufführungen der Arbeitersportvereine anschlossen. Abends von 9 bis 10 Uhr wurde ein Feuerwerk abgebrannt, das allen Beteiligten unvergeßlich bleiben wird. Den Schluß bildete ein Festball, wobei die tanzlustige Jugend auch zu ihrem Rechte kam. Für das Gelingen des Festes gebührt vor allen Dingen die Tätigkeit des Festausschusses rühmend hervorgehoben zu werden. Deshalb soll von dieser Stelle aus noch einmal unser aufrichtiger Dank an all die rührigen und tätigen Helfer ausgesprochen werden.

Wittenberg. Wegelagerer. Als sich nachts nach 12 Uhr der 20jährige Sohn eines hiesigen Geschäftsmannes von einem Ausfluge kommend per Rad auf dem Heimwege befand, wurde er von zwei sich ihm entgegenstellenden Männern auf der Dresdner Straße in der Nähe des Gasthofes zum goldenen Hirsch zur Erde geworfen und einer gründlichen Visitation unterzogen. Nach Beraubung seiner Barschaft sind die frechen Burschen unerkannt entkommen.

Roitzsch. Abfuhr eines Zersplitterungsapostels. In einer öffentlichen, gut besuchten Gewerkschaftsversammlung sprach am Montag abend Kamerad Hesse über: „Die Gewerkschaften und die Union." Seine Ausführungen, in denen er vor jeder gewerkschaftlichen Zersplitterung warnte, fanden ungeteilten Beifall. In der Aussprache vertrat der Unionist und Kommunist Scheidinger (Bitterfeld) die Sache der Unionisten. Im Laufe seiner Rede machte sich gegen seine Ausführungen starker Unwille bemerkbar, weil er sich öfters in Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften erging, aber nur Behauptungen aufstellte und auf Vorhalte von Zwischenrufern den Beweis nicht erbringen konnte. Er zog dann gegen die „Wirtschaftliche Räteorganisation" zu Felde, deren „Bonzentum" er verurteilte. Maßgebend seien die Betriebsorganisationen, in denen man keine Bonzen brauche. Man müsse die Betriebsräte zu politisch-wirtschaftlichen Faktoren machen. Die Zeit des ewigen Verhandelns sei vorüber. In Kürze werde der Endkampf auf der Straße ausgefochten werden. Allgemeines Gelächter erfolgte, als er meinte, an der Verlängerung des Krieges sei weiter niemand als die Gewerkschaften schuld, weil sie einen kleinen Teil ihres Vermögens in Kriegsanleihe anlegten. Wenn dieses unterblieben wäre, hätte der Krieg unmöglich weitergeführt werden können. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften sei ein Verbrechen an den Arbeitern; man müsse den Arbeitgebern so viel als möglich abnehmen. Zum Schlusse machte er abfällige Bemerkungen über das Bitterfelder Gewerkschafsfest; es sei ein Skandal, wenn Arbeiter Feste feierten. Kollege Specht stellte unter Beifall einige Ausführungen richtig; jeder Unionist, der hier spreche, mache andere Ausführungen. Im Schlußwort wies Kamerad Hesse nach, daß Sch. selbst noch nicht wisse, was die Union eigentlich wolle. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn man, nachdem man solche Ausführungen gehört habe, zu der Ansicht neige, die Unionisten sind die verkappten Helfer der Unternehmerbestrebungen. Als sich Sch. in lebhaften Zwischenrufen erging, verlangte die Versammlung seine Entfernung aus dem Saale. Unter großem Beifall schloß Kamerad Hesse seine Ausführungen mit der Mahnung, allen Zersplitterern der Arbeiterbewegung die Tür zu weisen und zurückzukehren zur alten erfolggewohnten Gewerkschaftspolitik.

Mühlberg. Unnötige Sorgen. Der hiesigen U. S. P. ist es sehr ungemütlich geworden, seit auch in Mühlberg eine Ortsgruppe der S. P. D. besteht. In einer Volksblattnotiz macht sich ein hiesiger U. S. P.-Hirte nicht geringe Sorgen über das Arbeiten unserer Parteiorganisation. Voller Bauernschläue folgert der Betreffende, daß wir einen „Dornröschenschlaf" führen, weil wir ihm unsere organisatorischen Absichten absolut nicht auf die Nase gebunden haben und das auch in Zukunft nicht tun werden. Wie die Angestellten- und Beamtenschaft als politischer Faktor von diesem politischen Schwadroneur eingeschätzt wird, zeigt folgender Absatz aus seinem Geschreibsel:

> „Arbeiter sind, bis auf einige Leisetreter, nicht bei den Rechtssozialisten, wohl aber ein paar Bürgersöhne, Angestellte, einige Lehrer und, wie man sagt, sogar etliche — kleinere Kapitalisten. Wir können diesen angeblichen Proletariern verraten . . . . ."

Wer mit den „kleineren Kapitalisten" gemeint ist, wird wohl jeder kleine, hart um sein Brot ringende Handwerksmeister wissen. Nebenbei gesagt, sollen wir vielleicht dem unabhängigen Mühlberger Schlauberger einige „große Kapitalisten" aus den Reihen der Unabhängigen, wie z. B. Kassierer, nennen? Jedenfalls ist diese Hetze gegen unsere Parteiorganisation doch zu dumm, um nicht durchsichtig genug ihren Zweck erkennen zu lassen. Auch die im letzten Satz hervorgehobene Phrase von den „revolutionären Klassenkämpfern" kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Artikelschreiber von dem inneren Wesen der sozialistischen Ideen und ihrer agitatorischen und organisatorischen Auswirkung nicht die geringste Ahnung hat, da er sonst die Verfechter und Anhänger einer Weltanschauung nicht, um ein Werturteil an ihnen anzulegen, in Gruppen und sozial tief oder hoch stehenden Schichten eingeteilt hätte. Wir wünschen der hiesigen U. S. P. noch mehr derartig intensive „Sozialisten".

Eisleben. Mit dem Klammerbeutel gepudert scheinen denn doch manche „Arbeiterführer" zu sein. In Nr. 167 vom Montag berichteten wir in unsrer „Volksstimme" unter „Katzbalgerei" über eine interessante politische Komödie. Jetzt wird dieser darin benannte Fellhändler Hoffmann in einem Anschreiben, das auch nicht gerade von dem Schlauesten erfaßt zu sein scheint, ziemlich liebenswürdig folgendermaßen skizziert, wobei einige Obacht auf die Stilistik zu verwenden sein dürfte: „Mit Befremden haben wir Kenntnis einer Notiz in Ihrer Zeitung genommen, worin es in einer am 1. Juli abgefaßten Resolution heißt: „Auf Antrag des Herrn Hoffman, Mitglied der K. A. P. D., se beschlossen worden, die Butterration der zu verteilenden Wochenkopfmenge um 25 Gramm zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten zu verkürzen. Wir erklären, daß Hoffmann noch nie Mitglied der K. A. P. D. gewesen ist. Nur eines wissen wir von ihm, daß er einmal im vorigen Jahr, Vorsitzender der K. P. D. Ortsgruppe Eisleben (Spartakusbund) war und daselbst seine Aufklärung gegenüber den Genossen darin sah, in jeder Zusammenkunft der Gruppe — um sich Kunden für sein Fellgeschäft zu werben — Bier und Zigarren zu spendieren. Als wir vom Unterbezirk ihm darin Halt boten, ging er dazu über, mit einigen eine Gruppe zu bilden, welche natürlich nicht einmal als Lokalorganisation anzusehen war, sondern darin nur ein Ton „Biergläser an Kopf werfen" herrschte. Nachdem unsere Eisleber Genossen ein großes Reinemachen in ihrer Ortsgruppe der K. A. P. D. vorgenommen haben, vom Schlage Hoffmann, versucht er mit seinem Freund Fender im Spartakusbund Geschäfte zu machen. Solche Sorte ist für alles empfänglich, Hauptsache Geschäft. Wir wissen schon heute, daß es auch im Spartakusbund nicht lange dauern wird, dann — Deutschnational!" (Und so was soll uns Führer sein und wurde vor gar nicht langer Zeit im Ernährungsausschuß ernst genommen. D. Berichterstatter.)

— **Reichsbekleidung** kommt auch bei uns hin und wieder zur Verteilung. Allem Anschein nach, werden zunächst in recht umfangreicher Weise davon die der Quelle am nächsten Sitzenden beglückt. Das heißt, die sich mit Bezugsschein versehen haben. An den Stadtverordneten dürfte es liegen, mal gelegentlich auch dahinein die Nase zu stecken. Oder sollte der mit dem Oberbürgermeister konform gehende und von diesem besonders gern gesehene sogar gewünschte Arbeiterrat darum wissen? Uns dünkt dieser Gedanke einfach frivol, denn wie sollte ein rechtsstehender Oberbürgermeister am Bestehen des Arbeiterrates ein Interesse haben. Zumindest hätte aber die Arbeiterschaft, besonders deren bedürftige Kreise, einen Anspruch auf Berücksichtigung bei Verteilung der Reichsbekleidungsstücke.

— **Volksnot als Parteigeschäft!** Die für die Hochwassergeschädigten in Mansfeld gesammelten Werte verteilt ein verschiedenartig zusammengesetztes Komitee. Die Verteilung soll nach Mitteilungen gerecht vor sich gehen. Auch die S. P. D. überweist ihre Gelder dorthin. Eine Ausnahme macht nur die U. S. P. D., die ein besonderes Komitee aufgebaut hat, um bei der Linderung der Not separat zu glänzen und aus der ganzen Hilfsaktion ein Parteigeschäft zu machen, also auch die Not wird vor den Parteikarren gezerrt! Das erscheint um so notwendiger, als anläßlich des Urteils der Reichswehrpioniere der Redakteur der „Mansfelder Volkszeitung" mit seiner Kritik über das Ziel geschossen war. Wie üblich! Der dadurch ramponierte Parteikarren muß nun durch diese Sonderaktion wieder zurechtgestutzt werden. Samariterdienst als Geschäft!

Liebenwerda. Brandunglück. In der letzten Nacht brach um die Mitternachtsstunde ein Dachstuhlbrand in der Schloßstraße aus. Ein 17 Jahre altes Dienstmädchen, das sich nicht mehr zur Treppe retten konnte, sprang aus einem Fenster des dritten Stockes auf die Straße. Sie trug einen Schädelbruch davon, an dem sie heute morgen starb. Von dem Haus ist dank des energischen Eingreifens nur der Dachstuhl abgebrannt. Die Ursache des Feuers hat sich noch nicht ermitteln lassen.

Aus aller Welt.

Freiburg. Großfeuer in einem Holzlager. Seit Dienstag nachmittag 2 Uhr brennt das große Sägewerk der Firma J. Himelsbach, Hoelzlebruch bei Neustadt i. Schwarzwald, das größtenteils bereits zerstört ist. Die Gebäude und Schuppen sind gleichfalls niedergebrannt, auch die großen Holzvorräte sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Bis zur Stunde ist es noch nicht gelungen, des Feuers Herr zu werden, das auf das angrenzende Sägewerk Stier überzugreifen droht. Der Bahnverkehr auf der Höllentalbahn, die unmittelbar am Lagerplatz vorbeiführt, konnte bis jetzt aufrecht erhalten werden. Dagegen sind sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört. Der Schaden wird auf 25 bis 30 Millionen geschätzt.

Rostock. Großfeuer auf einem Gut. Ein gewaltiger Brand, der einen Schaden von mehreren Millionen Mark verursachte, hat am Dienstag abend gegen 10 Uhr das Gut Vietgest bei Güstrow heimgesucht, wobei 37 Pferde in den Flammen umkamen und größere Futtervorräte, landwirtschaftliche Maschinen usw. vernichtet wurden.

Breslau. Vor Freude gestorben. Ein tragischer Todesfall ereignete sich in Breslau, Herzogstraße 28. Die dort wohnende Witwe Niklasch erhielt vor einigen Tagen die Nachricht, daß ihr seit 6 Jahren in russischer Gefangenschaft befindlicher Sohn nun endlich heimkehre. Ueber diese Nachricht war die alte, kränkliche Frau in freudiger Aufregung. Nachdem ihr ein Telegramm die Ankunft des Sohnes für den Nachmittag mitgeteilt hatte, schmückte sie die Wohnung aus. Der heimkehrende Sohn fand die Wohnung verschlossen. Da auf mehrfaches Klopfen nicht geöffnet wurde, stieg er durch das Fenster in die im ersten Stockwerk gelegene Wohnung ein, wo er die Mutter tot vorfand. Die Aufregung über die Heimkehr des Sohnes hatte sie getötet.

München. Mönche als Schmuggler. Ein großer Kunstschmuggel, der gelegentlich der Uebersiedelung eines bayerischen Klosters nach der Schweiz ausgeführt werden sollte und bei dem, außer hohen Papierwerten viele kostbare Kunstgegenstände, darunter ein Raffael im Werte von 6 Millionen außer Landes geschafft werden sollten, ist durch das rechtzeitige Eingreifen Berliner Kriminalbeamter vereitelt worden.

Lebensmittel-Kalender.

Die **Verbrauchsmenge an Fleisch** wird in dieser Woche auf 100 Gramm je Kopf festgesetzt. Kinder unter 6 Jahren die Hälfte. Es gelangt frisches Rindfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 24. d. M., durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 19. bis 25. Juli 1920. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 26. Juli an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 2,20 Mark.

Verkauf von Schmalz. Der Verkauf von Schmalz findet am Sonnabend, den 24. d. M., statt. Es werden 100 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Marke 25 der Einfuhr-Zusatzkarte (Schmalz). Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 26. Juli 1920 an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 **Gramm 3,50 Mark.**

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag, den 23. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001 bis 19 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 001 bis 20 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 23. Juli, auf den Abschnitt 44 für die eingetragenen Kunden in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Lindenstraße 52, nur nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mk. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Montag, den 26. Juli, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Jugendliche von 12—17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren, von Bratfett (kein Pflanzenfett) „Fleisch- und Wurstkonserven und weißen Bohnen mit Fett in der Talamtschule, am Freitag, den 23. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001—70 000 vormittags von 8—12 **und die Inhaber der Nummern 70 001—75 000 nachmittags von** 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 M. abgegeben werden. Ferner können gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 7,50 M. für das halbe Pfund, ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3,00 M. und 1 Dose weiße Bohnen mit Fett zum Preise von 1,00 M. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Kartoffelkarten. Zur Vereinfachung des Verkehrs findet vom Freitag, den 23. Juli, die Ausgabe der Kartoffelkarten an neu zuziehende Personen, sowie bei Umzügen nicht mehr in der Kartoffelkartenstelle, sondern im Büro für Lebensmittelscheine (im Erdgeschoß des Stadternährungsamtes) statt. Die Abgabe der Kartoffelkarten bei Fort- und Umzügen erfolgt vom gleichen Tage ab, genau wie die anderer Marken, in den Brotmarkenstellen. Alle übrigen Angelegenheiten betreffs der Kartoffelkarten, z. B. Ersatz verlorener Karten, Selbstversorgerfragen, Auskünfte, Ein- und Ausfuhrgenehmigungen usw. werden nach wie vor in der Kartoffelkartenstelle, Stadternährungsamt, 1 Treppe, Saal links geregelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200722-18/fragment/page=0006